

**seduta n. 123 del 12 giugno 1997**

**Vorsitz Präsident Peterlini**  
**Presidenza del Presidente Peterlini**

(ore 10.21)

**PRÄSIDENT**: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

**DENICOLO'**: (Sekretär):(ruft die Namen auf)  
(Segretario):(fa l'appello nominale)

**PRÄSIDENT**: Ich darf die entschuldigt abwesenden Abgeordneten bekanntgeben: Delladio, Giovanazzi vormittags und Passerini, Andreotti, Frasnelli und Kofler.  
Ich bitte um Verlesung des Protokolls.

**DENICOLO'**: (Sekretär):(verliest das Protokoll)  
(segretario):(legge il processo verbale)

**PRÄSIDENT**: Sind Bemerkungen zum Protokoll? Ich sehe keine, damit gilt das Protokoll als genehmigt.

Damit kommen wir zu weiteren Änderungsanträgen zum Gesetzentwurf über die Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol. Wir sind beim Artikel 7, Abänderungsantrag von den Abgeordneten Kury, Wanda Chiodi, Pinter, Tarfusser u.s.w. Protokollnummer 9304. Ich verlese:

Nella lettera c del comma 6 dell' articolo 7 è aggiunta la seguente frase:

“Le cooperative, le associazioni che rappresentano per legge gli invalidi e i disabili, nonché le associazioni di volontariato e le imprese senza fini di lucro, a parità di condizioni, vengono privilegiate.”

Bei Artikel 7 Absatz 6 wird beim Buchstaben c) der nachstehend angeführte Satz hinzugefügt:

"Die Genossenschaften, die Vereinigungen, welche laut Gesetz Invaliden und Behinderte vertreten sowie die Freiwilligenvereinigungen und die Unternehmen, welche keine Gewinnabsichten verfolgen, werden bei Gleichheit der Bedingungen bevorzugt."

Das ist ein Antrag zum Antrag der Abgeordneten Chiodi. Wer meldet sich zu Wort? Die Abgeordnete Kury, bitte.

**KURY**: Zur Erläuterung dieses Abänderungsantrages zum Abänderungsantrag der zuständigen Assessorin Frau Chiodi.

Es geht hier um die örtlichen öffentlichen Dienste, die die Gemeinden zu verwalten haben. Im Regionalgesetz Nr. 1 von 1993 war das im Artikel 44 geregelt, und zwar war da vorgesehen, daß die Gemeinden die öffentlichen Dienste auch durch Konzessionsvergabe an Dritte vergeben können und da war präzisiert, daß in diesem Falle jenen Vereinigungen und Verbänden der Vorzug gegeben wird, die soziale Anliegen vorantreiben bzw. die ganze Reihe von Sozialgenossenschaften, die es auch in Südtirol gibt. Es geht darum, daß jene den Vorzug haben, wenn sie imstande sind, die gleichen Dienste zu gleichen Bedingungen zu liefern. Ich denke das ist eine ganz wichtige Regelung.

Ich kenne mich jetzt also nur für Südtirol genauer aus, ich weiß vom Trentino nicht Bescheid. Ich weiß aber, daß hier bei uns diese Dienste auch funktionieren und daß gerade diese Dienste auch den Anlaß gegeben haben, daß sich verschiedene Sozialverbände und Sozialgenossenschaften gebildet haben. Ich habe mit Verwunderung festgestellt, daß in dieser neuen Gesetzesvorlage diese Regelung nicht mehr enthalten ist. Ich habe dann deshalb bereits in der Generaldebatte darauf hingewiesen, daß es doch sehr wichtig ist diese Regelung beizubehalten. Frau Assessor Chiodi hat mir damals recht gegeben und praktisch ihre Zusicherung gegeben, daß diese Regelung auch in diesem neuen Gesetz Eingang findet. Aufgrund der Tatsache, daß der gesamte Artikel 44 durch einen großen Abänderungsantrag von Frau Assessor Chiodi ersetzt worden ist, mußte ich diesen Abänderungsantrag in Form eines „subemendamento“ zu ihrem großen Abänderungsantrag einbringen, und es geht eigentlich nur darum die gleichen Bedingungen beizubehalten, die im alten Gesetz gegeben sind.

Ich wiederhole noch einmal, wenn die Gemeinde öffentliche Dienste an Dritte vergibt, haben Sozialverbände und Sozialgenossenschaften den Vorrang in dem Augenblick, wo sie gleiche Leistung zu gleichen Bedingungen ausführen können. Ich ersuche wirklich diese wichtige soziale Maßnahme zu unterstützen.

**PRÄSIDENT**: Danke, Frau Abgeordnete Kury. Wer möchte sich zu diesem Abänderungsantrag zum Änderungsantrag zu Wort melden? Niemand, dann ist die Debatte darüber abgeschlossen. Wir stimmen ab.

Wer einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben? Danke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Einer. Bei einer Enthaltung und keinen Gegenstimmen mehrheitlich genehmigt.

Wir kommen zum Abänderungsantrag selbst, vorgelegt vom Ausschuß. Wer meldet sich zum Abänderungsantrag zu Wort.

Frau Abgeordnete Klotz, bitte.

**KLOTZ**: Herr Präsident, ...

**PRÄSIDENT**: Die Frau Abgeordnete Kury wollte, daß die Frau Assessor Chiodi den Antrag erläutert. Sind Sie einverstanden? Hätten Sie vorher eine Frage?

**KLOTZ**: Meine Stellungnahme bezieht sich auf die Anregung von gestern. Ich hatte gebeten man sollte doch die Absätze 2, 13 und 17 des deutschen Textes sprachlich so überarbeiten, daß sie auch verständlich werden.

Zumindest im Absatz 2 gibt es sinnstörende Fehler, es fehlt entweder ein ganzer Teil oder es muß etwas weggelassen werden, und dann der Ausdruck "unabhängige Authoritys" existiert im Deutschen nicht. Die Bürger sollen wissen um was es da geht und nicht zuerst einen Sprachwissenschaftler zu Rate ziehen müssen. Auch im Absatz 17 gibt es einige Unklarheiten.

Daher die Frage, ob das richtiggestellt worden ist? Ob das sprachlich korrigiert worden ist?

**PRÄSIDENT**: Wir haben Ihre Anregung wahrgenommen und haben verschiedene Korrekturen durchgeführt. Ich würde Sie bitten vielleicht wenn Sie Interesse haben, Einsicht zu nehmen. Es geht um sprachliche Formulierungen, die irgendwie Rechnung getragen haben.

Im Absatz 2 heißt es anstatt "haben" "sind". Im Absatz 7 ist ein Tippfehler korrigiert worden "öffentlicher lokaler Einflußnahme" und im Absatz 13 haben wir das Wort "Authority" mit "Organe" übersetzt. Im Absatz 17 im zweiten Teil, "die Zutrittvereinbarungen, die von den örtlichen Körperschaften mit der Gesellschaft unterzeichnet werden, weisen die Merkmale und den rechtlichen Wert von Dienstleistungsverträgen gemäß Absatz 9 auf. Innerhalb eines Jahres ab Inkrafttreten dieses Gesetzes sorgt die Gesellschaft für den Abschluß eines Abkommens zwischen den beteiligten örtlichen Körperschaften, mit welchen - wo notwendig - die vorherrschende öffentlich-örtliche Einflußnahme gewährleistet wird; sie sorgt auch für die Errichtung von Formen der Beratung zwischen den Körperschaften, damit Richtlinien einer abgestimmten Abwicklung der Dienste festgelegt werden."

Wir haben versucht Ihrer Anregung Rechnung zu tragen, aber wenn Sie glauben da einwirken zu wollen, dann können Sie das direkt auch machen. Wir sind für jede Anregung dankbar. Danke, Frau Abgeordnete Klotz.

Der nächste Redner, wer ist das?

Frau Assessor Chiodi, bitte.

**CHIODI**: Abbiamo riscritto l'art. 7 sotto forma di emendamento, perché nel frattempo che stavamo lavorando a questo disegno di legge, è entrata in vigore la legge 127 del 1997, cioè la legge Bassanini, di conseguenza ci pareva giusto ed utile vedere di modificare anche il primo testo proposto dalla Giunta, perché la suddetta legge non era ancora stata approvata e credo sia corretto, su questo tipo di argomenti, fornire la dovuta trasparenza.

Siamo intervenuti sul discorso dei servizi pubblici locali, abbiamo riscritto la normativa più aggiornata. Per quanto riguarda i servizi pubblici locali ci siamo riferiti all'ultimo testo conosciuto, dell'art. 5 del disegno di legge 1388, tanto per individuare quelli che sono attualmente all'esame della commissione affari costituzionali del Senato, il disegno di legge Bassanini e Napolitano. Abbiamo riscritto la parte che

riguardava i servizi pubblici locali, tenendo conto della discussione in atto alla Commissione affari costituzionali del Senato.

**PRÄSIDENT**: Danke, Frau Assessor. Wer meldet sich zu Wort?  
Abgeordneter Benedikter, bitte.

**BENEDIKTER**: Mir kommen gewisse Bestimmungen nicht vereinbar vor mit der Gemeindeverwaltung. Da steht, "es bleibt den Gemeinden vorbehalten, Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu bilden oder eine Beteiligungsquote dieser Gesellschaften für die Durchführung von wettbewerbsfähigen unternehmerischen Tätigkeiten, die sich von den Tätigkeiten gemäß Artikel 1 unterscheiden, zu erwerben". Das ist der deutsche Text und im italienischen heißt es, "per lo svolgimento, in regime di concorrenza, di attività imprenditoriali diverse da quelle di cui al comma 1." Das heißt, die Gemeinde kann auch unternehmerische Tätigkeiten entfalten unabhängig von den Zielsetzungen, die im 1. Absatz enthalten sind, die also mit der Gemeinde insgesamt zu tun haben, örtliche-öffentliche Dienste, Funktionen, die sozialen Zwecken dienen und die wirtschaftliche und allgemeine Entwicklung der örtlichen Körperschaften fördern. Dann heißt es, sie können auch sonst eine unternehmerische Tätigkeit entfalten, die mit diesen Aufgaben gemäß erstem Absatzes nichts zu tun haben. Die Gemeinde ist die Gemeinde und ist nicht irgend ein Privater, der alles mögliche unternehmen kann, was er meint, das ihm einen Profit verschafft. Da steht eben, "...svolgimento, in regime di concorrenza, di attività imprenditoriali diverse...", also auch ein Unternehmer - sagen wir - um Straßendirnen zu organisieren oder was auch immer. Das ist ein Punkt bei dem ich nicht mitkomme und der mir nicht richtig erscheint.

Im 10. Absatz steht, "...die vorwiegend öffentliche Einflußnahme besteht, wenn die Gemeinden eine Anzahl von Aktien besitzen, die es ihr bei der Vollversammlung ermöglicht über die Mehrheit der Stimmrechte zu verfügen, und zwar wenn die Satzung der Gesellschaft das Recht der Gemeinden vorsieht, mehr als die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrates zu ernennen, vorausgesetzt, daß die Gemeinde wenigstens zwanzig Prozent des Gesellschaftskapitals besitzt..." Ja, aber wenn sie zwanzig Prozent des Gesellschaftskapitals besitzt, dann wird sie doch nie über die Mehrheit der Stimmrechte verfügen und mehr als die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrates ernennen können. Da komme ich auch nicht mit.

Die zwei Dinge sind nicht vereinbar mit der Logik der Bestimmung über die Aufgabe der Gemeinde. Es ist eine Gemeinde deren Handlungsfähigkeit geregelt werden soll.

**PRÄSIDENT**: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann stimmen wir darüber ab.

Bitte, Frau Abgeordnete Klotz.

**KLOTZ**: Ich möchte nur die Frau Assessorin Chiodi auffordern: sie sollte endlich begründet auf die Einwände der Abgeordneten eingehen. Bereits gestern haben wir von verschiedener Seite hier kritische Punkte gehört - beispielsweise auch von den Abgeordneten Zanoni, Morandini, Valduga, Gasperotti und anderen -, aber die stereotype Antwort der Frau Assessor ist immer: wir sind gegen diesen Antrag, den Antrag können wir nicht annehmen; sie zitiert dann höchstens noch ein Gutachten und dann hat es sich. Ich möchte die Frau Assessor auffordern, auf diese Kritikpunkte einzugehen und Argumente vorzubringen und nicht nur darauf hinzuweisen, daß der Antrag nicht angenommen werden kann. Daß vielfach aus politischen Gründen das nicht angenommen wird, ist uns schon klar, aber wir wollen konkrete Argumente hören. Wir wollen wissen, warum die Kritikpunkte, die hier vorgebracht werden, anscheinend nicht begründet sind. Das wollen wir endlich einmal hören.

**PRÄSIDENT**: Keine weiteren Wortmeldungen mehr? Niemand. Möchte der Ausschuß Stellung nehmen?

Bitte, Frau Assessor Chiodi.

**CHIODI**: Collega Klotz, capisco il gioco delle parti, sono intervenuta in tutte le richieste che mi sono state fatte, è chiaro ed evidente che se per 25 volte mi chiedono la stessa cosa, non sono in grado di intervenire. Voi avete la vostra posizione, io ho la mia.

Cons. Benedikter, abbiamo ampliato quello che ha previsto la legge 127, chiamata Bassanini, che cita che può aderire a delle società già costituite, non esclusivamente per la gestione dei servizi primari per la propria collettività. Abbiamo praticamente ampliato recependo la legge Bassanini.

Per quanto invece riguarda la parte che parla del 20%, se per cortesia me la può ripetere, perchè non ho capito la seconda parte.

**PRÄSIDENT**: Abgeordneter Benedikter, bitte.

**BENEDIKTER**: Da steht, "l'influenza dominante pubblica sussiste" wenn die Gemeinden eine Anzahl von Aktien besitzen, die es ihnen bei der Vollversammlung ermöglicht, über die Mehrheit der Stimmrechte zu verfügen, und zwar wenn die Satzung der Gesellschaft das Recht der Gemeinden vorsieht, mehr als die Hälfte der Mitglieder der Verwaltungsrates zu ernennen, vorausgesetzt, daß die Gemeinde wenigstens zwanzig Prozent des Gesellschaftskapitals besitzt.

Ich frage mich, wenn sie nur zwanzig Prozent besitzt, dann wird sie doch nicht bei der Vollversammlung über die Mehrzahl der Stimmrechte verfügen können bzw. das Recht haben mehr als die Hälfte des Verwaltungsrates zu ernennen?

**PRÄSIDENT**: Danke. Frau Assessor Chiodi, bitte.

**CHIODI**: Quando ho illustrato il primo emendamento, per quanto riguardava i servizi pubblici, dicevo che avevamo riscritto la normativa per renderla più aggiornata per la

legge depositata a livello nazionale, perché abbiamo ritenuto di adeguare anche le norme, per non rimanere sempre indietro.

In merito al 20%, collega Benedikter, già ora il Codice Civile prevede la possibilità di partecipare per quanto riguarda le nomine che sono scritte al comma 10 ed abbiamo in questo modo risposto secondo delle regole scritte, il Codice Civile lo prevede. Di conseguenza è un recepimento di una legge che esiste ed è una risposta legata alla previsione del Codice Civile.

**PRÄSIDENT**: Wir stimmen jetzt ab. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben? Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 11 Gegenstimmen, 7 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen wird der Antrag angenommen. Abgeordnete Klotz Sie wissen, daß man zum Zählen der Ja-Stimmen die Beschlußfähigkeit feststellen muß. Wir stellen jetzt die Beschlußfähigkeit fest. Wer schließt sich dem Antrag auf namentliche Abstimmung an? Es sind genügend. Ich bitte um den Namensaufruf.

*(segue votazione per appello nominale)*

**DENICOLO'**: Achmüller (*ja*), Alessandrini (*sì*), Andreotti (*non presente*), Atz (*ja*), Benedetti (*non presente*), Benedikter (*nein*), Benussi (*non presente*), Berger (*ja*), Binelli (*sì*), Boldrini (*astenuito*), Bolzonello (*no*), Bondi (*sì*), Casagrande (*sì*), Chiodi-Winkler (*sì*), Cigolla (*sì*), Conci-Vicini (*sì*), Dalbosco (*non presente*), Delladio (*no*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*no*), Divina (*astenuito*) Durnwalder (*ja*), Fedel (*non presente*), Feichter (*non presente*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*astenuito*), Giordani (*sì*), Giovanazzi (*non presente*), Grandi (*non presente*), Holzer (*sì*), Holzmann (*no*), Hosp (*ja*), Ianieri (*non presente*), Kasslatter-Mur (*non presente*), Klotz (*nein*), Kofler (*non presente*), Kury (*astenuito*), Laimer (*ja*), Leitner (*nein*), Leveghi (*sì*), Mayr C. (*ja*), Mayr J. (*ja*), Messner (*ja*), Minniti (*no*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*no*), Moser (*sì*), Munter (*ja*), Muraro (*non presente*), Pahl (*ja*), Palermo (*no*), Pallaoro (*sì*), Panizza (*sì*), Passerini (*non presente*), Peterlini (*ja*), Pinter (*astenuito*), Romano (*non presente*), Saurer (*ja*), Tarfusser (*nein*), Taverna (*no*), Tosadori (*no*), Tretter (*sì*), Valduga (*no*), Vecchi (*sì*), Viola (*non presente*), Willeit (*non presente*), Zanoni (*astenuito*), Zedron (*astenuito*).

**Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter**  
**Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE**: Comunico l'esito della votazione per appello nominale:

votanti	50
voti favorevoli	29
voti contrari	14
astenuti	7

Il Consiglio approva.

Comunico all'aula che approvando questo art. 7 cascano tutti gli emendamenti presentati all'art. 7.

Passiamo all'emendamento aggiuntivo art. 7/bis.

#### Art. 7/bis

L'art. 50 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 viene così modificato:

“1. Gli statuti comunali devono prevedere il ricorso al referendum popolare decisivo.

2. Il Consiglio comunale può indire un referendum su richiesta di almeno un quarto dei consiglieri comunali in carica.

3. L'iniziativa referendaria può partire dai cittadini del Comune. Il Consiglio comunale deve stabilire il giorno del referendum entro 60 giorni dal deposito della richiesta, se la richiesta di indizione di referendum popolare è firmata da almeno il 5% dei cittadini iscritti nelle liste elettorali del Comune.

4. Il consiglio comunale insedia, all'inizio del suo periodo in carica, una commissione composta dai consiglieri comunali della maggioranza e della minoranza politica incaricata di stabilire le modalità dello svolgimento del referendum popolare.

5. Le norme relative agli ulteriori procedimenti del referendum popolare, all'indizione e all'iniziativa popolare vengono fissati dallo statuto comunale in osservanza dei principi previsti dalla legge regionale.”

**DENICOLO'**: Abänderungsantrag 7-bis, eingereicht von den Abgeordneten Benedikter, Klotz und anderen.

#### Artikel 7-bis

Artikel 50 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 wird wie folgt vollständig ersetzt:

"1. Die Gemeindegatzung muß die Durchführung der Volksbefragung mit für die Gemeindeverwaltung bindendem Charakter vorsehen.

2. Auf Antrag von wenigstens einem Viertel der amtierenden Gemeinderäte kann der Gemeinderat eine Volksbefragung festsetzen.

3. Die Initiative für eine Volksbefragung kann von den Gemeindebürgern ausgehen. Der Gemeinderat muß innerhalb von 60 Tagen nach Hinterlegung des Antrages den Termin für die Volksbefragung festsetzen, wenn der Antrag auf Abhaltung einer Volksbefragung von mindestens 5 Prozent der in die Wählerlisten der Gemeinde eingetragenen Bürger unterzeichnet ist.

4. Der Gemeinderat setzt zu Beginn seiner jeweiligen Amtsperiode eine Kommission bestehend aus Gemeinderäten der politischen Mehrheit und der politischen

Minderheit ein, welche über die Modalitäten zur Durchführung der Volksbefragung befindet.

5. Die Vorschriften für das weitere Verfahren zur Volksbefragung, zur Ausschreibung und zur Bürgerinitiative werden in der Satzung unter Wahrung der im Regionalrat bestimmten Grundsätze festgelegt."

**PRESIDENTE**: Collega Gasperotti, vorrei la sua approvazione, lei è firmatario di questo emendamento ed ha presentato un emendamento all'art. 2, lo ha accorpato a questo, perciò lei dà l'assenso al ritiro dell'emendamento...

**GASPEROTTI**: Entra al punto 6.

**PRESIDENTE**: Dò lettura dell'emendamento: dopo il comma 5 dell'art. 7/bis, proposto con l'emendamento a firma dei cons. Benedikter, Klotz e Palermo, è aggiunto il seguente comma 6:

"6. Si può promuovere un referendum popolare anche per modificare lo statuto comunale. In caso di vittoria dei favorevoli alla modifica dello statuto l'esito del voto equivale alla deliberazione del consiglio comunale, come richiesta dal comma 2 dell'articolo 3 della presente legge per la modifica dello statuto."

**DENICOLO'**: Abänderungsantrag zum Artikel 7-bis. Als Absatz 6 des Artikels 7-bis Abänderungsantrag Nr. 8921 von den Abgeordneten Benedikter, Klotz und Palermo wird folgender Text angefügt:

"6. Es kann auch eine Volksabstimmung angesetzt werden, um die Gemeindegatsung zu ändern. Falls die Befürworter der Satzungsänderung in der Mehrheit sind, ist der Ausgang der Abstimmung gleichbedeutend einer Verabschiedung des Gemeinderates, wie sie laut Artikel 3 Absatz 3 für eine Satzungsänderung vorgesehen ist."

**PRESIDENTE**: Ha chiesto di intervenire la cons. Klotz, per illustrare il suo subemendamento, ne ha la facoltà.

**KLOTZ**: Herr Präsident, zum Fortgang der Arbeiten bzw. zur Klärung der Diskussion. Wir betrachten diesen - mit Einverständnis der Einbringer dieses Zusatzantrages - ehemaligen Absatz 2 von Artikel 2-bis als integrierten Teil unseres Artikels 7-bis. Bitte sagen Sie uns jetzt, ob wir das ganze als integrierten Antrag behandeln oder ob man diesen Zusatzantrag getrennt vom Gesamtantrag behandeln muß. Wir betrachten ihn als integrierten Punkt 6.

**PRESIDENTE**: Dal momento che c'è l'accordo tra i proponenti, ritengo che la sua richiesta sia accettabile, se c'è l'assenso da parte del cons. Gasperotti unifichiamo la discussione, come richiesto dalla collega Klotz.

Lei intende intervenire sull'emendamento collega Klotz? Prego.

**KLOTZ**: Ich möchte mich vor allen Dingen zu unserem Teil äußern, weil dann zum Punkt 6 der Ersteinbringer dieses Teiles das Wort ergreifen wird und diesen separaten Punkt 6 dann besonders noch erläutern wird.

Der Antrag betreffend die Durchführung von Volksbefragungen mit bindendem Charakter für die Gemeinden hat sich als notwendig erwiesen. Der bisherige Artikel 50 sieht diesbezüglich folgendes vor und ich verlese es wörtlich, "1. Die Gemeindegatzung kann die Durchführung der Volksbefragung - und der Volksbefragung mit beschließendem Charakter - vorsehen. 2. Die Vorschriften für das Verfahren zur Volksbefragung, zur Ausschreibung und zur Bürgerinitiative werden in der Satzung unter Wahrung der im Regionalgesetz bestimmten Grundsätze festgelegt."

Wir hatten bereits im Zuge der Behandlung der neuen Gemeindeordnung im Jänner 1994 wiederholt den Antrag gestellt, daß diese Materie im Regionalgesetz genauer geregelt werde. Zum einen sollte die Volksbefragung auf Gemeindeebene auf jeden Fall für die Gemeindeverwaltung bindend sein und zum anderen hatte die Union bereits damals vorgeschlagen, die Prozenzhürde für die Unterschriftensammlung zum Volksbefragungsantrag im Regionalgesetz festzuschreiben, um hier eine einheitliche Regelung zu treffen, weil es sonst ja gravierende Unterschiede und auch gravierende Ungerechtigkeiten gibt. Warum soll beispielsweise, wie es heute der Fall ist, in der Gemeinde Leifers 7% für die ...

Herr Präsident, ...

**PRESIDENTE**: Lei ha ragione collega, non è pensabile continuare i lavori in questa maniera, se dovete parlare uscite dall'aula! Lo dico per la centesima volta, è una mancanza di rispetto nei confronti di chi sta intervenendo. Se non volete ascoltare la collega Klotz siete pregati di uscire!

Prego collega.

**KLOTZ**: Danke, Herr Präsident. Warum sollen beispielsweise in der Gemeinde Leifers 7% zur Initiative genügen, d.h. 7% der in den Wählerlisten eingetragenen Bürger stellen den Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung, während beispielsweise in der Gemeinde Mühlbach 25% vorgeschrieben sind. Damals war die Mehrheit hier im Regionalrat der Meinung, daß man das offen lassen soll. Inzwischen hat sich gezeigt, daß eine einheitliche vom Gesetz vorgesehene Regelung unumgänglich ist, besonders aufgrund der Ereignisse in den letzten Monaten und Jahren.

Das Mittel der Volksbefragungen wurde durch fragwürdige Bestimmungen in den Gemeindegatzungen mancher Gemeinden ins Absurde geführt, beispielsweise Mühlbach, ein ganz konkretes Beispiel. So ist es unsinnig Volksbefragungen in den Gemeinden vorzusehen, deren Ergebnis die Gemeindeverwaltung nicht bindet. Wozu dann das ganze? Dies stellt eine in der Demokratie unzulässige Bevormundung der Bürger dar. Wenn die Mehrheit der Bürger in einer die Gemeindekompetenzen und die Gemeindeangelegenheiten betreffenden Angelegenheit eine Entscheidung fällt, dann muß die Gemeindeverwaltung diese demokratische Abstimmungen als eindeutigen

politischen Auftrag akzeptieren. Die Gemeinden haben diese Frage in ihren Satzungen, wie gesagt, unterschiedlich geregelt, sodaß die Bürger verschiedener Gemeinden unterschiedliche demokratische Mitentscheidungsmöglichkeiten haben. Die Prozenzhürde für die erforderlichen Unterschriften wahlberechtigter Gemeindebürger, mit denen ein Antrag auf Abhaltung einer Volksbefragung eingebracht werden muß, sind in den Satzungen der verschiedenen Gemeinden äußerst unterschiedlich geregelt. Durchschnittlich liegt die Hürde bei 20% bei den Gemeinden in Südtirol. Es ist durch die Einführung dieser hohen Prozenzhürde in den Satzungen der Eindruck entstanden, daß die Gemeinderatsmehrheit damit bevorstehende Volksbefragungen erschweren wollte. Wir sehen hier die Hürde von mindestens 5% vor und darauf muß ich jetzt gleich eingehen.

Wenn die Südtiroler Volkspartei als Argument gegen diesen Vorschlag von 5% folgendes sagt, - ich zitiere wörtlich - „da genüge ein Familienclan auf Oppositionskurs und man hat jeden Sonntag eine Volksbefragung“, dann ist das äußerst oberflächlich. Hier wird beispielsweise die Gemeinde Proveis zitiert, wo die 5% dann 10 oder 15 Leute ausmachen würden - „da genüge ein Familienclan auf Oppositionskurs und man hat jeden Sonntag eine Volksbefragung.“ Das zeigt, wie wenig sich derjenige, der diese Aussage getätigt hat mit dem Thema Volksbefragung befaßt hat. Sonst müßte er zumindest unseren Antrag gelesen haben, in dem ja nicht steht, daß die 5% genügen, um eine Änderung durchzusetzen, sondern daß 5% die Initiative starten können. Wir haben hier genau drin, daß wenigstens ein Viertel der amtierenden Gemeinderäte den Antrag stellen kann und dann wird erst das Referendum eingeleitet oder 5% der in den Wählerlisten eingetragenen Bürger. Das bedeutet aber erst daß die Initiative startet, Kollege Atz. Es ist einfach eine Frechheit herzuzugehen und davon auszugehen, daß die Bürger nicht mündig seien und dann so wie die 5%, die die Initiative ins Rollen bringen, stimmen würden. Das zeigt mir wie wenig man sich eigentlich damit befaßt hat und wir haben mit Bedauern festgestellt, daß beispielsweise die, die jetzt das große Wort führen in dieser Sache bisher bei allen Informationsveranstaltungen, wo namhafte Referenten anwesend waren, die gerade zum Thema Volksbefragung, Volksentscheid, gesprochen haben, gänzlich gefehlt haben. Das hier wäre ein ganz kleiner Schritt gemessen an dem, was in der Schweiz üblich ist und dort finden sehr viele Volksabstimmungen statt und die Bürger wissen sehr genau um was es geht.

Es ist ein Irrtum zu glauben, der Bürger sei nicht mündig, Volksbefragungen erziehen zu politischer Mitbestimmung. Überall wo es ein gutes Gesetz betreffend Referenden gibt, stellt man fest, daß es eine rege Demokratie ist und wenn der Antrag gestellt wird, dann heißt das, daß die Gegner ja die selbe Zeit in den Medien, Rundfunk usw., zur Verfügung haben um die Gegenargumente darzulegen. Es geht also darum einen Schritt zu tun für mehr Mitbestimmung und auch für eine rege politische Diskussion.

**PRESIDENTE:** Vi prego colleghi di rispettare il tempo.

Ha chiesto di intervenire il cons. Leitner, ne ha la facoltà.

**LEITNER:** Danke, Herr Präsident. Hier handelt es sich um ein sehr wichtiges Anliegen, das wir selbstverständlich unterstützen. Ich darf darauf hinweisen, daß ich schon vor längerem einen Beschlußantrag eingebracht habe, den Beschlußantrag Nr. 150, der auch auf der Tagesordnung Nr. 6 steht und wo es um das gleiche Anliegen geht, der übrigens auch von den Kollegen Benedikter und Klotz mitunterzeichnet war.

Es ist wichtig, daß man diesen Prozentsatz im Gesetz festschreibt, weil es sonst Auswüchse gibt, wie gerade eben zitiert z.B. in der Gemeinde Mühlbach. Man muß sich einmal vorstellen, wie es dazu gekommen war. Dort hatte der Gemeinderat nämlich den Prozentsatz auf 10% festgesetzt. Als dann ein Promotorenkomitee Unterschriften gesammelt hat und die 10% erreicht hatte, hat es eine Dringlichkeitssitzung des Gemeinderates gegeben, wo man den Prozentsatz kurzer Hand auf 25% hinaufgetan hat. Wo kommen wir da hin? Hätte das Promotorenkomitee dann 25% gesammelt, hätte sich der Gemeinderat wieder versammelt und den Prozentsatz dann auf 50% hinaufgetan.

Hier, Frau Assessor Chiodi, ersuche ich Sie schon entgegenzuwirken, indem man diesem Vorhaben, diesem Wunsch nach gesetzlicher Verankerung einer allgemeingültiger Prozenzhürde unterstützt. Ich würde nicht mehr als 10% vorschlagen, hier heißt es 5% und auch das geht mir natürlich gut. Es kann aber wohl nicht so sein, daß eine Gemeinde, wenn schon einmal eine Unterschriftenaktion läuft, einfach hergehen kann und über Nacht den Prozentsatz erhöhen d.h. die Spielregeln während des Spieles ändern kann, das ist sicher nicht zulässig. Ich weiß nicht, wenn man - im Trentino gibt es bestimmt auch Kartenspiele - bei uns "wattet", dann gibt es klare Spielregeln und wenn einmal ausgegeben ist dann werden nicht mehr die Spielregeln geändert und das sollte man sich hier auch vom Gesetzgeber erwarten können. Man redet so viel von direkter Demokratie und hier wird auch der Südtiroler Volkspartei die Möglichkeit gegeben, den Offenbarungseid zu leisten, ob man dazu steht oder nicht. Jeder der vor der direkten Demokratie Angst hat, der hat vor den Wählern Angst, denn letztendlich entscheidet immer noch der Bürger ob über eine Sache mit Ja oder Nein abgestimmt wird, auch wenn die Einbringer 5% sind, es kommt ja immer zur Volksbefragung selber.

Wir haben nicht die Tradition der Schweizer, die dieses Instrument seit Jahrhunderten in vernünftiger Weise anwenden. Uns mag es vielleicht viel erscheinen, aber den Schweizern selber ist es nicht zu viel und sie haben immer die Gelegenheit hin zu gehen oder nicht, Ja oder Nein zu sagen. Es ist auch im Interesse der öffentlichen Verwaltung, daß man gerade bei größeren Projekten auch während zweier Wahlen das Volk befragt, es ist auch eine Rückendeckung für die verantwortungsbewußten Politiker und für diejenigen, die gerade regieren. Man muß es von dieser Seite aus sehen und nicht aus Angst, aus Sorge, man könnte hier den Bürgern zu viel Macht geben, denn man darf nie vergessen, daß das bißchen Macht, das man vielleicht selber hat, ja auch vom Bürger kommt und jederzeit wieder genommen werden kann. Wenn man sich hier aus der Verantwortung stiehlt und meint jetzt kann man fünf Jahre tun und lassen was man will, dann wird man spätestens bei der nächsten Wahl die Rechnung präsentiert

bekommen, und die Dinge, die sich derzeit in unserem Land abspielen, sind der beste Beweis dafür, wie weit sich die Politiker vom Volk entfernt haben.

Deshalb ein ganz entschiedenes Ja für diesen Artikel 7-bis, der wie gesagt mehr der weniger unsere Forderung, die wir im Beschlußantrag Nr. 150 dargelegt haben, berücksichtigt.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il cons. Atz, ne ha la facoltà.

**ATZ:** Danke, Herr Präsident. Ich darf informieren, daß wir innerhalb der Südtiroler Volkspartei diese Angelegenheit sehr eingehend diskutiert haben und dabei sind auch noch weiter zu diskutieren. Ich darf sagen, daß wir grundsätzlich für mehr Einbeziehung der Bürger in gewisse Entscheidungen sind. Wir sind dafür, daß die Bürger auch in Zukunft oder noch mehr in Zukunft bei diesen Entscheidungen miteinbezogen werden. Dazu haben wir auch einen Arbeitskreis gebildet. Dieser Arbeitskreis soll etwas ausarbeiten, aber wir wissen alle, daß diese Volkswirtschaftsproblematik nur funktionieren kann, wenn ganz klare Regeln zugrunde liegen. Ich habe da Beispiele genug im Kopf und wir haben sie alle wahrscheinlich im Kopf, wir wollen also ein Regelwerk, das wirklich Hand und Fuß hat und wo wirklich der Bürger seine Mitsprache gewährleistet sieht, aber wo es auch nicht möglich sein kann, daß kleinste Gruppen in diesen Gemeinden dann das ganze demokratische System blockieren können, auch auf das ist aufzupassen.

Und deshalb kann man nicht jetzt in 10 Minuten sagen, Abänderungsantrag 5% und solche Dinge mehr. Auch deshalb hat hier die Aula beschlossen einen Tag lang eine Diskussion diesem Thema zu widmen und wir werden sehr wohl auch bereit sein diesen Tag lang zu diskutieren. Wir sind aber absolut gegen diesen Antrag, weil wir dieses Thema eingehend prüfen wollen, um dann auch zum gegebenen Zeitpunkt, wenn es ausdiskutiert ist, wenn man Lösungen gefunden hat, dann die Initiative zu ergreifen. Wir werden dann auch einen Gesetzesantrag einbringen hier, aber nicht bittesehr von heute auf morgen 5% mit ein paar einzelnen Klauseln einführen und dann sagen, daß das Thema vom Tisch ist und gelöst ist. Wir werden also gegen diesen Antrag stimmen.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire la cons. Kury, ne ha la facoltà.

**KURY:** Ich kann dieser eigenartigen Argumentationslinie des Fraktionssprechers der SVP tatsächlich nicht folgen. Offensichtlich handelt es sich beim Herrn Atz um ein Problem, das darin besteht, daß man lange darüber diskutieren muß. Das Hauptargument warum man das heute nicht beschließen kann war, weil man es nicht in fünf Minuten beschließen kann. Das war das Hauptargument des Kollegen Atz.

Andere Argumente habe ich nicht gehört d.h. wenn ich guten Willens bin, habe ich sogar verbal den Ausdruck gehört: "wir wollen die Bürger miteinbeziehen". Dafür muß die SVP eine Arbeitsgruppe einsetzen, jetzt fällt es ihr ein, obwohl seit, ich glaube, eineinhalb Jahren die beiden Volksbegehrensanträge im Regionalrat deponiert sind. Und dann sagt der Kollege Atz: "wir müssen klare Regeln zugrunde legen". Wo

fehlt es denn bitte hier, Herr Kollege Atz, an Klarheit? Welche Regeln sind für Sie nicht klar? Wenn Sie uns das erklären können, dann könnte man sich ja über die Klarheit noch einmal kurz zusammensetzen. Aber klarer als so, daß in den Gemeindestatuten ein beschließendes Referendum vorgesehen sein muß, daß 5% Antragsteller auf Gemeindeebene bzw. ein Viertel der Gemeinderatsmitglieder genügen, kann man es eigentlich nicht formulieren. Insofern habe ich Sie einfach nicht verstanden.

Sie wollen die Bürger einbeziehen aber Sie wollen klare Regeln. Vielleicht kann der Kollege Atz noch einmal erklären, worin er hier die Unklarheit sieht? Etwas stimmt mich aber schon bedenklich, wenn Herr Kollege Atz sagt, wir wollen uns davor schützen, daß kleinste Gruppen demokratische Systeme blockieren. Hier wird nichts blockiert, hier wird einer bestimmten Gruppe ein Initiativrecht zugestanden und anschließend bestimmt die Mehrheit und das ist eigentlich doch noch Demokratie.

Jedenfalls so wie ich sie verstehe und weil wir gerade so im Gespräch sind, der Herr Atz und ich, möchte ich auf noch etwas hinweisen, was er jetzt hier nicht gesagt hat, was aber heute in der Dolomiten nachzulesen ist, was mir gelinde gesagt die Haare zu Berge stehen läßt, ein Argument, das ich hier jetzt gleich wirklich brandmarken möchte als ethnische Hetzerei. Was ist die Argumentationslinie, die heute Herr Atz in der Dolomiten von sich gibt? Er sagt, liebe Bürger, habt acht wenn solche Dinge durchgehen, wie direkte Demokratie, dann werden euch die italienischen Bürger in der Gemeinde Bozen majorisieren. Er macht dann noch ein nettes Beispiel, er sagt, sie werden alle Gründe, die euch gehören, verbauen und das mit Mehrheitsbeschluß. Das ist einfach ethnische Hetzerei, so zu tun als ob die einen nichts anderes im Sinn hätten, als diese Instrumente der direkten Demokratie zu nützen, um der anderen Sprachgruppe eines auszuwischen.

Ich möchte dem Herrn Atz noch etwas sagen, denn einer der wesentlichen Gründe warum ich mich nach anfänglicher Skepsis - ich gebe es zu - für diese direkt demokratischen Elemente einsetze, ist folgender - das möchte ich den Trentinern auch erklären: Bei uns werden die politischen Wahlen nach ethnischen Standpunkten durchgeführt. Es geht nie darum welche Sachargumente oder welche Personen gut sind, sondern es geht immer um die Frage, bist du Deutscher oder Italiener? Etwas, was mit dieser Art Demokratie verhindert werden könnte, ist die ethnische Polarisierung. In dem Augenblick wo es darum geht, bist du dafür ob ein Altersheim gebaut wird oder ein Fußballplatz, nehme ich einfach an, daß deutsche und italienische Frauen sich für eine Sache entscheiden und deutsche und italienische Männer für eine andere Sache und das insofern also wirklich auch eine Art Bindeglied oder Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Sprachgruppen entstehen könnte, daß damit von der ethnischen Komponente auf die Komponente der Sachebene heruntergegangen wird, was sehr in meinem Sinne ist. Es ist wirklich hinterhältig, wenn Herr Atz jetzt sagt, wir können leider Gottes, obwohl wir schon gerne die Bürger einbeziehen möchten, das nicht tun, weil sonst in der Gemeinde Bozen die Deutschen zu kurz kommen.

Gegen so etwas möchte ich mich hier ganz klar zur Wehr setzen. Wir unterstützen natürlich diesen Antrag.

**PRESIDENTE**: Ha chiesto di intervenire il cons. Pinter, ne ha la facoltà.

**PINTER**: Grazie Presidente. La cons. Kury ha argomentato a sostegno dell'introduzione degli strumenti di democrazia diretta, anche con un ragionamento che chiama in causa aspetti relativi all'appartenenza etnica ed al superamento delle contrapposizioni di carattere etnico.

Volevo spendermi invece per quello che riguarda anche le motivazioni che in provincia di Trento si possono portare a sostegno di questa modalità; sono tra il resto proponente di un disegno di legge, che prevede l'istituzione a livello regionale del referendum propositivo e cioè di un disegno di legge di iniziativa popolare che, qualora non venisse approvato dal Consiglio, potrebbe essere sottoposto a consultazione popolare.

In questo emendamento tocchiamo il referendum popolare a livello comunale.

E' chiaro che possiamo discutere a lungo sui criteri numerici, quindi sul 5%, sul quarto dei consiglieri, non mi pare questo sia il problema, perché se questo fosse si può ragionare assieme e trovare un punto di mediazione e di incontro, il problema è un altro, cioè quanto si crede allo strumento della democrazia diretta e quanto allo strumento della consultazione referendaria.

Allora non sono tra quelli particolarmente convinti che dei referendum si debba abusarne, tant'è che siamo in una situazione in questo momento indicativa, perché gli elettori italiani sono chiamati a votare per alcuni referendum, dei quali gran parte dei cittadini non conosce l'oggetto o comunque lo conoscesse difficilmente si troverebbe nella condizione di esprimere un proprio giudizio, proprio perché sono stati usati, per finalità diverse da quelle per i quali sono stati previsti, cioè si usano dei referendum abrogativi per condurre delle campagne politiche, che interessano poco i quesiti del referendum abrogativo e quindi siamo in una situazione nella quale verrebbe voglia di limitare l'utilizzo ed il ricorso allo strumento referendario.

Vorrei sottolineare che un grosso difetto dello strumento referendario oggi è quello di essere di carattere abrogativo, ed essendo tale è chiaro che se ne fa un ricorso che può essere sempre limitativo della possibilità di scelta dei cittadini, perché devono esprimersi sulla base di un quesito che spesso non riguarda un'opzione, ma una parte di un'opzione, perché ci sono stati dei referendum abrogativi chiari in Italia, quello sul divorzio, sull'aborto, mentre in altre situazioni il cittadino non può esprimersi come vorrebbe, perché si trova tra una scelta secca sì e no, che non porta necessariamente alle conclusioni che vorrebbe, sia nel caso sostenesse il sì, sia nel caso sostenesse il no.

Diverso sarebbe se potessimo ricorrere a dei referendum di carattere sostanzialmente propositivo, perché questi permetterebbero al cittadino di fare una proposta e quindi di confrontarsi su quella, non soltanto su un quesito abrogativo.

Allora questo emendamento, al di là della formulazione sulla quale si può discutere, chiama in causa il problema che negli statuti comunali non tutte le amministrazioni comunali hanno avuto la sensibilità di introdurre uno strumento di carattere referendario e noi sappiamo in quante situazioni comunali lo strumento

referendario potrebbe risolvere molti problemi, perché quando c'è una scelta decisiva per un territorio, che l'amministrazione comunale è in difficoltà, perché non sa se deve imporre una scelta e spesso c'è un dissenso popolare molto diffuso, l'unico strumento per risolvere questa questione è la consultazione dei cittadini.

E' quindi in definitiva richiamarsi alla possibilità di dirimere, non come strumento continuo, insistente e quindi abusato del referendum, ma in situazioni nelle quali si ritrova ragionevole chiedere all'elettorato di esprimersi, perché quando l'elettorato ha dato una delega alla classe politica che la dirige, l'ha data su un programma, questo è chiaro, ma non sempre i programmi contengono tutti i problemi del comune, le articolazioni delle scelte eccetera. Va bene se uno è stato eletto su un programma e quel programma prevedeva una cosa molto precisa, anche la legittimità di portarlo avanti, ma quando si crea una situazione di dissenso manifesto, esplicito, diffuso rispetto a determinate scelte, noi abbiamo bisogno di uno strumento di democrazia, che va oltre la verifica elettorale e quindi sostenere lo strumento della democrazia diretta non deve fare paura alla classe politica, perché è uno strumento corretto di verifica del proprio operato e soprattutto della opportunità di alcune scelte che riguardano la comunità locale.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

**BENEDIKTER:** Ich möchte an das anknüpfen, was die Abgeordnete Kury gesagt hat, was Abgeordneter Atz heute in der Zeitung bringt. Ich habe es nicht gelesen, aber ich nehme Bezug darauf: daß es in Bozen gefährlich wäre so etwas zuzulassen, da diese große italienische Mehrheit da ist, die etwas beschließen könnte was einfach der deutschen Sprachgruppe schadet.

Ich kann nur berichten: der Gemeinderat von Bozen hat beschlossen den früheren Bauleitplan, den ich damals auch mitgenehmigt habe, auszuweiten, noch etwa 25 Hektar dazuzugeben, obwohl der römische Spitzenurbanist Vittorini nachgewiesen hat, daß es nicht mehr neues Bauland wegen der gemeldeten 2.600 leeren Wohnungen braucht als im alten Bauleitplan schon ausgewiesen aber noch nicht in Angriff genommen worden ist. Damit würden selbstverständlich auch alle Minderbemittelten unterkommen, wenn sie Wohnungen brauchen, für die die öffentliche Hand sorgen soll, aber jedenfalls ist mehr als genug Platz für alle da und selbstverständlich auch mit einer gewissen Reserve anhand des bestehenden Bauleitplanes und aufgrund der gemeldeten leeren Wohnungen. Der Gemeinderat von Bozen hat das trotzdem beschlossen und ich habe geltend gemacht - da war ich nicht mehr im Ausschuß -, daß der Landesausschuß das nicht aufgrund des bestehenden Gesetzes genehmigen darf, das vorsieht, daß nicht mehr ausgewiesen werden darf, als es dem Bedarf der ansässigen Bevölkerung entspricht.

Das steht im Landesgesetz drinnen. Ich gehe nicht näher auf Einzelheiten ein, es hat keinen Sinn. Ich habe aufgrund dieser Bestimmung nachgewiesen, in der dann auch steht, daß die leeren Wohnungen berücksichtigt werden müssen und die zu sanierenden Wohnungen berücksichtigt werden müssen und was noch gebaut werden

kann, ich habe also aufgrund dieser Bestimmung nachgewiesen, daß der Landesausschuß diese Ausweitung, die der Gemeinderat von Bozen beschlossen hat, ablehnen muß und nicht noch der sogenannte Grünkeil und die Kaiserau zusätzlich verbaut werden dürfen. Derselbe Vittorini hat auch gesagt: laßt doch in der Gemeinde Bozen das landwirtschaftliche Grün, das noch übrig ist - ich glaube 300 Hektar - wenigstens als landwirtschaftliches Grün bestehen, damit man in der Gemeinde Bozen wenigstens noch gesund atmen kann. Die Ärzte haben nachgewiesen, daß jeder Dritte durch diese schlechte Luft an Krebs erkrankt, die es im sogenannten Talkessel von Bozen gibt. Nein, der Landesausschuß hat gegen das bestehende Landesgesetz so etwas genehmigt.

Auch wenn in Bozen so eine Volksabstimmung zustandekäme, bei der man fragt, ob noch mehr ausgewiesen werden soll oder nicht, müßte ja der Landesausschuß anhand der bestehenden Gesetze, die auch anderswo bestehen, nicht mehr ausweisen als es dem tatsächlichen Bedarf der ansässigen Bevölkerung entspricht. Der Landesausschuß müßte es ablehnen und da könnte nicht die Volksabstimmung das Landesgesetz abändern. Insofern würde ich diese Gefahr gar nicht sehen, dazu haben wir ja unsere Gesetze, die ja nicht auf diese Art und Weise abgeändert werden können.

**PRESIDENTE**: Ha chiesto di intervenire il cons. Taverna, ne ha la facoltà.

**TAVERNA**: Signor Presidente, per esprimere la nostra condivisione all'emendamento proposto, perché non possiamo sicuramente predicare bene e razzolare male. Ci troviamo nella condizione di contribuire positivamente, introducendo nel sistema giuridico dei comuni la possibilità di attivazione del referendum popolare e quindi non possiamo che convenire che l'emendamento offre l'opportunità di un obiettivo concreto, realizzabile con l'approvazione dell'emendamento medesimo.

Quindi Alleanza Nazionale convintamente voterà l'emendamento proposto, perché va verso l'obiettivo della realizzazione di una forma di democrazia diretta, che a nostro giudizio è la prima fonte di legittimazione della sovranità popolare.

Per queste ragioni Alleanza Nazionale voterà a favore dell'emendamento proposto.

**PRESIDENTE**: Ha chiesto di intervenire il cons. Gasperotti, ne ha la facoltà.

**GASPEROTTI**: Grazie Presidente. Parlare di referendum, esaminare gli emendamenti presentati in aula e seguire il dibattito si capisce che c'è una lacuna, un vuoto che non tutti i comuni hanno colmato prevedendolo con un'azione di indirizzo o di verifica-confronto con la popolazione rispetto alle questioni poste negli stessi referendum.

In provincia di Trento l'occasione referendum avrebbe almeno risolto una serie di problemi legati al territorio, come al comune di Avio, una bretella progettata dalla maggioranza, che però non trovava in sintonia la popolazione. Questo referendum avrebbe avviato lo scontro del 50% della popolazione che dice sì ed il 50% che dice no,

da un sondaggio effettuato e che avrebbe almeno determinato una maggioranza e quindi una scelta dei vincitori.

Quell'occasione ci ha fatto pensare a questa necessità di fare in modo che i comuni prevedano l'organizzazione del referendum all'interno delle attività amministrative, di come si può essere anche imprecisi, gli stessi emendamenti hanno delle difficoltà ad essere compiuti nel vero senso della parola, cioè conformi a tutta la questione legata anche alla normativa nazionale, ritengo però che il principio, contenuto nel punto 1: "Gli statuti comunali devono prevedere il referendum popolare decisivo", sia fondamentale.

Del come si attiverà questa forma di partecipazione alle scelte avremo modo di parlarne con il disegno di legge presentato dal collega Pinter ed altri, proprio perché quell'argomento è opportuno approfondirlo.

A noi interessa molto che ci sia questo indirizzo da parte della legge regionale, che preveda che i comuni si attivino, perché sia possibile verificare, ogni qualvolta si ritiene necessario, attraverso la raccolta di firme o la richiesta di consiglieri comunali, questa forma di partecipazione, non per sostituire l'amministrazione, ma ci sono delle questioni importanti che sono molto sentite dalla popolazione e che abbisognano di essere verificate.

Il referendum consultivo dà facoltà di togliere, modificare o proporre, ma rimane consultivo, quando diventa abrogativo abbiamo visto la decadenza dello stesso effetto referendario, nel particolare non negli aspetti più generali e quindi non con i grandi quesiti sui temi principali, come quello dell'aborto e del divorzio; oggi il referendum abrogativo rimane ancora incompiuto, almeno difficile da comprendere da parte del cittadino, perché toglie piccole parti a delle leggi o degli ordinamenti.

La necessità di avere all'interno degli statuti dei consigli comunali la previsione di effettuare referendum viene espressa da questi emendamenti, vorrei sentire la Giunta rispetto ai sei punti, su quali sia possibile un accordo e su quali invece nutre dubbi di forma costituzionale.

**PRESIDENTE:** Cons. Benedikter, lei ha a disposizione ancora 2 minuti di tempo se vuole intervenire. Ha chiesto la parola la cons. Chiodi, ne ha la facoltà.

**CHIODI:** Chiedo una breve sospensione della seduta per consultazione.

**PRESIDENTE:** Credo sia accettabile la richiesta di sospensione di 10 minuti per confrontarsi. I lavori sono sospesi.

(ore 11.50)

(ore 12.17)

**PRESIDENTE:** I lavori riprendono. Ha chiesto la parola il cons. Gasperotti.

**GASPEROTTI**: Volevo ritirare il punto 6 contenuto nell'emendamento in discussione.

**PRESIDENTE**: Il punto 6 è ritirato. Collega Gasperotti l'emendamento 2/bis viene ritirato o rimane?

**GASPEROTTI**: Avevamo fatto un collage con l'emendamento presentato dalla collega Klotz, aggiungendo solo il punto 2 dell'emendamento e diventava il comma 6. Ora il punto 6 è ritirato e rimane integralmente l'emendamento Klotz.

**PRESIDENTE**: Tanto per capirci, collega Gasperotti, volevo fare un chiarimento che è importante, l'emendamento 2/bis, prot. 8925, di cui lei è firmatario, comprende tre commi, viene tutto ritirato, bene. Rimane in piedi l'emendamento 7/bis con i cinque commi.

Chiedo all'aula di fare silenzio e prestare un po' di attenzione. Qualcuno intende intervenire?

**GASPEROTTI**: Chiedo se si può votare per punti separati.

**PRESIDENTE**: Il collega Gasperotti ha fatto una richiesta, collega Klotz, lei è la prima firmataria dell'emendamento e deve esserci il suo assenso, è d'accordo di votarli per punti? Prego.

**KLOTZ**: Herr Präsident, zum Fortgang der Arbeiten. Zunächst möchte ich fragen, nachdem es eine Unterbrechung wegen dieses Antrages gegeben hat, ob es irgend eine Neuigkeit oder eine Mitteilung an die Abgeordneten gibt von seiten jener, die die Unterbrechung verlangt haben, welche in irgendeiner Form dienlich sein könnte, um in einer so wichtiger Sache einen Schritt nach vorne zu tun. Beispielsweise, wenn diejenigen, die mit diesem Antrag jetzt Schwierigkeiten haben, kommen und sagen: uns sind die 5% zu wenig, wenn hier anstatt 5% 10% stehen würden, dann könnten wir es akzeptieren, dann würden wir auch die Bereitschaft damit anzeigen, daß man von 5% auf höchstens 10% gehen könnte.

Was die getrennte Abstimmung anbelangt, muß ich sagen, daß ich eigentlich darin keinen großen Sinn erkenne und daß mit lieber ist, wenn der Antrag in seiner Gesamtheit abgestimmt wird, denn die einzelnen Punkte sind doch sehr, sehr wichtig und es wäre schade wenn beispielsweise eben diese 5 Punkte auseinandergerissen würden, wegen der Harmonie, wegen des Artikels insgesamt. Das Anliegen ist in allen fünf Punkten gleich wichtig und infolgedessen sind wir hier schon dafür, daß man das Ganze als einzige Abstimmung durchführt.

Herr Präsident, ich ersuche noch einmal, diejenigen, die die Unterbrechung verlangt haben, wenn es irgend eine wichtige Mitteilung gibt, sie bekanntzugeben, z.B. wenn die 5% der einzige Hindernisgrund sind, dann würde ich, Herr Präsident, um die Aussetzung ersuchen.

**Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz**  
**Assume la Presidenza il Presidente Peterlini**

**PRÄSIDENT:** Die Frage war sehr klar. Sie ist eine politische Frage und ich bitte diejenigen, die glauben eine Antwort geben zu können es zu tun. Mir ist nichts bekannt, Abgeordnete Klotz. Mir liegen keine Abänderungs- oder Kompromißvorschläge vor, aber wenn da der Abgeordnete Atz oder die Frau Assessor Chiodi, die die Unterbrechung verlangt haben, Stellung nehmen wollen, dann bitte ich sie es zu tun.

Bitte, Abgeordneter Atz.

**ATZ:** Danke, Herr Präsident. Wir haben uns beraten und wir sind zum Schluß gekommen, auch wir von der Südtiroler Volkspartei für unseren Teil, grundsätzlich gegen diesen Antrag zu stimmen, weil es unter anderem die Südtiroler Gemeinden alle schon bindend eingeführt haben.

Wir sind mit allen jenen einverstanden, die da sagen, es gibt auch Gemeinden, die die Sperrklausel mit 35% haben und wir sind einverstanden mit jenen, die da sagen, so kann man es nicht machen. Wir wollen also hier Änderungen einbringen, da gibt es überhaupt keine Frage, aber wir können nicht alle Gemeinden damit strafen, indem wir hier und heute irgendwelche Prozentsätze einbringen auch in Form von Abänderungsantrag, die dann wieder nicht der Realität der einzelnen Gemeinden Rechnung tragen. Man muß dieses Thema also noch eingehend studieren.

Wir sind also grundsätzlich für mehr Einbindung der Bürger bei gewissen Beschlüssen und bei gewissen Entscheidungen und wir treten auch dafür ein, daß wir uns Zeit nehmen, hier über dieses Thema wirklich eingehend zu diskutieren, aber nicht nur über Gemeindevolksbefragungen, sondern auch über Volksbefragungen im Lande und auch über Volksbefragungen in der Region. Wir stehen dafür, aber nehmen wir uns Zeit uns eingehend damit zu befassen, ein Papier auszuarbeiten, das uns dann nicht die Demokratie verhindert, sondern noch die Demokratie ausbaut im Sinne der Bürger. Da kann man nicht einfach heute sagen: 25% des Gemeinderates, 5% der Wahlberechtigten. Deswegen nehmen wir uns bitte Zeit dazu, reservieren wir uns ein paar Tage im Regionalrat, alles einverstanden, aber nicht so und heute. Wir werden also dagegen stimmen.

**PRÄSIDENT:** Bitte, Frau Abgeordnete Klotz.

**KLOTZ:** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich ersuche Sie den Artikel 7-bis kurz auszusetzen, weil wir dabei sind die zehn Unterschriften zu sammeln, damit wir die 5% auf 10% erhöhen können. Herr Präsident, ich darf noch einmal berichtigen, seit 1994 reden wir über diese Dinge hier, bei der ersten Abänderung der Gemeindeordnung und seit mindestens eineinhalb Jahren...

Herr Präsident, dann können wir bereits abstimmen. Die zehn Unterschriften sind beisammen. Es ist keine große Änderung, die 5% werden auf die 10% gebracht und

wir können dann ohne weiteres abstimmen. Ich möchte gleich schon die namentliche Abstimmung beantragen und ersuche einige Kollegen und Kolleginnen das zu unterstützen.

**PRÄSIDENT**: Wer schließt sich dem Antrag ab? Danke. Wer schließt sich der Geheimabstimmung an? Das ist genügend also wird geheim abgestimmt.

Abänderungsantrag mit den notwendigen Unterschriften der Abgeordneten Klotz, Benedikter, Leitner, Tarfusser, Kury, Zendron, Gasperotti, Pinter, Taverna, Miniti.

Abänderungsantrag zum Artikel 7-bis: Statt 5% sollen 10% stehen.

Emendamento all' articolo 7-bis: Le percentuali 5% sono sostituite da 10%.

Inzwischen machen wir die Diskussion weiter. Abgerodneter Zanoni, bitte.

**ZANONI**: Intervengo dopo aver sentito parlare il collega Atz. Mi pare che in linea di principio siamo tutti d'accordo, anche perché siamo preoccupati del concetto di decentramento e di partecipazione; ritengo che lo strumento del referendum, che peraltro in questi giorni è oggetto di discussione anche a livello nazionale e le posizioni variano in base alle collocazioni politiche del momento, risponda a criteri di partecipazione, peraltro l'art. 50 prevede il referendum popolare e nessuno l'ha voluto nè cassare, nè emendare. Con l'emendamento della collega Klotz non si fa altro che migliorarlo e arricchirne l'articolazione, in modo da renderlo maggiormente applicabile e nello stesso tempo disciplinabile.

Non ho capito la posizione del cons. Atz quando afferma che in linea di principio è d'accordo, però bisognerebbe fare un emendamento più ampio, che riguardi anche i referendum a livello provinciale e regionale. Stiamo trattando la materia della legge sui comuni e non già la legge elettorale regionale, per cui se questa è la preoccupazione vorrà dire che quando tratteremo di riforme delle elezioni a livello regionale, introdurremmo anche lì, se opportuno e nelle modalità che riteniamo utili, lo strumento del referendum

Per cui non capisco il rimandare le decisioni ad altra sede, quando in questo momento si può benissimo accettare un emendamento, che peraltro va a migliorare un articolo di legge che già esiste, per cui non è che andiamo ad innovare eccessivamente.

Non capisco l'obiezione, laddove si dice che in fin dei conti gli statuti dei comuni dell'Alto Adige già contengono l'istituto del referendum. A parte che stiamo parlando di legge regionale e non della provincia di Bolzano piuttosto che quella di Trento, se a Bolzano questo passo è già stato fatto, meglio per Bolzano, non vedo per quale motivo non si debba introdurre anche negli statuti del Trentino. E' chiaro che "possono" o "debbono" hanno un significato estremamente diverso.

Sono pertanto d'accordo sulla modifica del 5% delle firme, perché probabilmente il 5% manifesta una volontà forse ridotta ed il 10% è anche un target sufficientemente qualificato di popolazione in termini numerici, per cui l'emendamento

proposto di aumentare dal 5% al 10% mi trova pienamente d'accordo e soprattutto l'istituzione del referendum popolare, che era già previsto nella disciplina precedente e qui trova una migliore articolazione ed una maggiore possibilità di essere usato.

Pertanto, per quello che ci riguarda, appoggeremo certamente l'emendamento all'art. 50 della legge n. 1, così come è strutturato, con questo cambiamento di portare dal 5% al 10% il quorum necessario per la raccolta delle firme.

**PRÄSIDENT**: Bitte, Abgeordneter Taverna.

**TAVERNA**: Signor Presidente, siamo arrivati ad un altro punto cruciale, dopo aver superato sia l'art. 1/bis, che l'art. 3. A questo punto l'introduzione dell'art. 7/bis determina la possibilità vera di praticare un istituto, quello del referendum, che è un istituto di democrazia diretta, quindi politicamente più vicino alla espressione della sovranità popolare.

Mi pare di poter affermare, senza tema di essere smentito, che in questa circostanza siamo chiamati non soltanto a sostenere a parole questo istituto, che è del resto di natura costituzionale e tra qualche giorno andremo a votare su sette referendum, che prevedono in questo caso soltanto l'abrogazione di norme esistenti, introdurre in questo disegno di legge, che tratta della modifica della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, in particolare modifica in termini positivi e propositivi l'art. 50 della legge citata, è questo un momento solenne per poter manifestare con i fatti e non soltanto con le parole la volontà di tradurre nella pratica e nella norma l'istituto referendario.

L'indicazione per legge di una percentuale, rapportata agli iscritti a liste elettorali per poter promuovere la manifestazione referendaria, è la traduzione politica di una volontà e questa volontà non può che essere recepita dalla legge, in modo che sull'intero territorio regionale si possa per davvero realizzare questo obiettivo.

Ritengo che il 10% può essere considerato una soglia praticabile per quanto riguarda la realizzazione di questo obiettivo e concordo con quanto ha detto il collega Zanoni circa la necessità di prevedere questa possibilità attraverso l'emendamento che è stato proposto, sia quello che voleva introdurre l'art. 7/bis, sia quello successivo, che ha portato attraverso il subemendamento la soglia dal 5% al 10% dei cittadini iscritti nelle liste elettorali del comune.

Ora domando formalmente all'assessore Chiodi che si esprima a favore di questo subemendamento, perché non posso accettare in alcun modo che l'assessore si possa nascondere dietro al voto segreto circa la sua intenzione a sostenere apertamente questo emendamento, sarebbe molto facile da parte nostra crocefiggere l'assessore per il restante periodo della legislatura, se questa affermazione ed adesione non fossero pervenute nel contesto di questa discussione sul subemendamento proposto, non vedo come possa un esponente di un partito, che si è sempre definito partito democratico e che ha sempre lottato per la democrazia, a questo punto l'assessore componente del PDS non si possa in questo contesto esprimere a favore di questo subemendamento.

La sfida, voglio essere smentito, so che l'assessore Chiodi per sua natura sarebbe a favore, ma la voglio sfidare e voglio vedere se l'assessore ha il coraggio di

sfidare a sua volta il “niet” dello SVP. Questo è il problema, avrà il coraggio e la coerenza l'assessore Chiodi di sfidare il “niet” dello SVP? Sono convinto che se questo coraggio fosse manifestato, avrebbe non soltanto l'approvazione di una parte del Consiglio regionale, ma di tutti coloro che si riconoscono nell'istituto del referendum.

Quindi o l'assessore Chiodi tace e se tace può essere tacciata di viltà, se parla con coraggio molto probabilmente lo SVP la sfiderebbe e se invece apertamente dichiara il suo voto negativo, la collega Wanda Chiodi avrebbe tradito tutte le istanze di democrazia diretta, delle quali anche lei, per buona parte della sua vita, si è fatta promotrice.

**PRÄSIDENT**: Bitte, Abgeordneter Atz.

**ATZ**: Danke, Herr Präsident. Ich möchte Sie bitten, diesen Punkt inzwischen bis heute nachmittag um 15.00 Uhr auszusetzen. So hätten wir Gelegenheit über Mittag noch Gespräche zu führen. Es gibt jetzt einen neuen Gesichtspunkt und die Zeit über Mittag möchten wir nutzen. Sollte dies nicht möglich sein, dann müßte ich Sie um Unterbrechung der Sitzung bitten. Es ist vielleicht geschickter wenn wir weiterarbeiten und diesen Punkt dann wieder am Nachmittag angehen.

**PRÄSIDENT**: In solchen Fällen haben wir die Ansuchen immer angenommen und so auch in diesem Fall. Wir kommen somit zum Artikel 8. Ich kann mir nicht leisten, die Zeit einfach nur zu schenken, ich möchte auch lieber Mittagspause machen, aber wir müssen arbeiten.

#### Art. 8

*(Disposizioni in materia di controllo provinciale sugli atti deliberativi degli enti locali)*

1. L'articolo 51 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, come modificato dall'articolo 72 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3 è sostituito dal seguente:

“Art. 51

*(Deliberazioni soggette al controllo preventivo di legittimità)*

1. Sono soggette al controllo preventivo di legittimità le deliberazioni di cui all'articolo 13, comma 3, lettere a) e b), limitatamente ai bilanci annuali e pluriennali e relative variazioni, conti consuntivi, ed f), nonché le deliberazioni adottate dalla giunta, nei limiti delle illegittimità denunciate, quando un terzo dei consiglieri nei comuni con popolazione superiore ai tremila abitanti, ovvero un quinto dei consiglieri nei comuni con popolazione inferiore ai 3 mila abitanti, presenti richiesta scritta e motivata entro dieci giorni dall'affissione all'albo pretorio, ritenendole viziate di incompetenza o assunte in contrasto con atti fondamentali del consiglio.

2. Contestualmente all'affissione all'albo le deliberazioni di competenza della Giunta sono comunicate ai capigruppo consiliari.”.

**DENICOLO'**:

## Art. 8

*(Bestimmungen auf dem Gebiet der Überprüfung der beschließenden Akte der örtlichen Körperschaften seitens der Provinz)*

1. Im Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 wird der Artikel 51, geändert durch Artikel 72 des Regionalgesetzes vom 30. November 1994, Nr. 3, durch den nachstehenden ersetzt:

### "Art. 51

*(Beschlüsse, die der vorhergehenden Gesetzmäßigkeitskontrolle unterliegen)*

1. Der vorhergehenden Gesetzmäßigkeitskontrolle unterliegen die Beschlüsse laut Artikel 13 Absatz 3 Buchstaben a), b) - beschränkt auf den ein- und mehrjährigen Haushalt, die betreffenden Haushaltsänderungen sowie die Rechnungsabschlüsse - und Buchstabe f), sowie die vom Ausschuß erlassenen Beschlüsse im Rahmen der zur Diskussion gestellten Gesetzeswidrigkeiten, wenn ein Drittel der Ratsmitglieder der Gemeinden mit mehr als 3.000 Einwohnern oder ein Fünftel der Ratsmitglieder der Gemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnern innerhalb zehn Tagen ab dem Aushang an der Amtstafel in einem schriftlichen und begründeten Antrag erklärt, daß die Beschlüsse unter Mißachtung der Zuständigkeiten oder im Widerspruch zu Grundsatzbeschlüssen des Gemeinderates gefaßt worden sind.

2. Gleichzeitig mit dem Aushang an der Amtstafel sind die Beschlüsse, die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses fallen, den Fraktionssprechern des Gemeinderates zu übermitteln."

**PRÄSIDENT**: Abgeordneter Taverna, bitte.

**TAVERNA**: Credo che nel passato abbiamo già vissuto momenti come questi, ma ritengo che la richiesta inoltrata dal capogruppo dello SVP, circa la sospensione del punto, volesse significare anche la sospensione dei lavori, perché mi pare fin troppo evidente che a questo punto l'art. 7/bis va votato, perché non si riesce a capire per quale ragione si deve restituire al Consiglio l'art. 7/bis dopo che abbiamo approvato l'art. 8. Questo è al di fuori di qualsiasi logica.

Collega Atz, abbiamo di fronte la sua richiesta di sospensione ed al tempo stesso, ricordo benissimo, ha chiesto anche la sospensione dei lavori di questa mattina, questo ho capito dal suo intervento... allora la traduzione mi ha tratto in inganno!

Invito il Presidente, poiché mancano 18 minuti alla conclusione dei lavori della mattinata, di sospendere la seduta ed affrontare alle ore 15.00 l'art. 7/bis, che è un articolo importante.

**PRÄSIDENT**: Wir können jetzt natürlicherweise den ganzen Vormittag über den Fortgang der Arbeiten diskutieren. Es war eine alte Praxis, daß wenn eine Problematik zu irgendeinem Artikel aufgetaucht ist oder jemand den Wunsch geäußert hat, etwas inzwischen aussetzen, wir es dann ausgesetzt haben um Zeit zu gewinnen. Ich habe einfach ein bißchen Sorge und ziehe weiter, damit wir die Nachtsitzungen vermeiden,

wenn nicht in dieser Runde so mindestens in der nächsten. Und warum sollen wir jetzt nicht den Artikel 8 behandeln, wenn er mit dem Artikel 7 nichts zu tun hat.

Bitte, Frau Abgeordnete Kury.

**KURY**: Ich hätte nichts dagegen gehabt, wenn wir jetzt mit dem Artikel 8 weitergegangen wären, aber ich habe sehr wohl etwas dagegen, wenn einerseits eine Partei dauernd Unterbrechungen verlangt und dann im selben Augenblick gerade diese Partei Nachtsitzungen von den anderen verlangt.

Ich denke nur kohärent und der Appell an den Präsidenten: wenn eine Gruppierung Unterbrechung verlangt, werden Sie sie genehmigen - das war so die Praxis, da können Sie nichts dafür -, aber dann ist auch die Kohärenz geboten, wenn es darum geht, über die Nachtsitzungen zu entscheiden, zu sagen, es ist nicht konsequent, daß jene Gruppierung Nachtsitzungen verlangt, die vorher Zeit verloren hat. Das nur zur Vorwarnung.

**PRÄSIDENT**: Danke, Frau Abgeordnete. Um Ihnen die ganze Wahrheit zu sagen, der Abgeordnete Atz ist zu mir gekommen und wollte die Unterbrechung der Sitzung. Darauf habe ich gesagt, daß ich es nicht notwendig finde und wir können ruhig mit dem nächsten Artikel weiterarbeiten. Es war mein Vorschlag, ganz in diesem Sinne. Er hat sich einverstanden erklärt. Er hat ja beide Vorschläge gemacht. Er hat gesagt, entweder Unterbrechung der Sitzung oder umgekehrt Unterbrechung dieses Artikel. Ich habe halt im Sparsamkeitssinne vorgezogen, daß wir vielleicht diese viertel Stunde noch nützen, worum ich euch doch ersuchen möchte.

Ich verlese jetzt den Abänderungsantrag der Abgeordneten Printer, Gasperotti und weiteren zum Artikel 8, Nr. 20.

#### Emendamento all' articolo 8

"All' articolo 8, comma 1, le parole "un terzo dei consiglieri nei comuni con popolazione superiore ai trentamila abitanti, ovvero un quinto dei consiglieri nei comuni con popolazione inferiore ai tremila abitanti," sono sostituite dalle parole "un quinto dei consiglieri".

#### Änderungsantrag zum Artikel 8

"Bei Artikel 8 Absatz 1 werden die Worte: "...ein Drittel der Ratsmitglieder der Gemeinden mit mehr als 3.000 Einwohnern oder ein Fünftel der Ratsmitglieder der Gemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnern..." durch die Worte "ein Fünftel der Ratsmitglieder" ersetzt."

Wer meldet sich zu Wort? Bitte, Abgeordneter Divina.

**DIVINA**: Sull'ordine dei lavori Presidente. La invito ufficialmente a chiudere questa parentesi, che credo sia un grosso errore, anche regolamentare, perché le dico, Presidente, oltre a non condividere il lasciare punti aperti per proseguire su altri punti, se lei in quest'aula avallasse una prassi che permette la sospensione di una qualsiasi votazione per proseguire con l'ordine dei lavori e tornare in altri momenti, può immaginare come l'aula o una maggioranza, potendo anche fare ragionamenti di opportunità, potesse chiedere la sospensione nel momento in cui vede a rischio un certo argomento in votazione; visto che già è accaduto precedentemente potrebbe appellarsi ad oggi, dopo di che dire: poniamo ora in votazione quello che in un certo tempo poteva subire un rischio di bocciatura o viceversa.

Credo che stiamo introducendo un pericolosissimo precedente 14 minuti prima della chiusura ufficiale dei lavori, Presidente. Oltre che protestare civilmente appellandomi al regolamento, le chiedo se per 14 minuti di lavoro suppletivo merita un rischio così grave di stortura, di introduzione di una prassi regolamentare, che potrebbe esser usata come un bazooka che può deflagrare il funzionamento di questo Consiglio.

**PRÄSIDENT**: Abgeordneter Divina, Sie kommen spät, denn ich habe gerade vorher um den Konsens ersucht zu diesen meinem Vorschlag und es hat sich niemand gerührt und jetzt bleibe ich dabei. Tut mir leid, Abgeordneter Divina.

Der Abgeordnete Pinter hat das Wort.

**PINTER**: Grazie Presidente. Lo scopo di questo emendamento è quello di ricondurre ciò che è ragionevolmente pensabile che sia ricondotto ad un'unica disciplina; un terzo dei consiglieri che venga richiesto nei comuni sopra i 3 mila abitanti, rispetto ad un quinto sotto i 3 mila abitanti, mi sembra una distinzione del tutto artificiosa, credo che un quinto dei consiglieri sia un numero adeguato per chiedere un controllo preventivo di legittimità.

Quindi mi sembra un emendamento del tutto ragionevole.

**PRÄSIDENT**: Danke, Abgeordneter Pinter. Wer meldet sich zu Wort?

Bitte, Abgeordneter Willeit.

**WILLEIT**: A dire il vero vorrei soltanto fare presente quanto opportuna era la proposta di sospendere i lavori, perché in piena coscienza o con un minimo di intelletto non riesco a votare questo articolo, che mi chiede un terzo dei voti del Consiglio per far controllare una delibera nella sua legittimità, nel mentre avremmo dovuto approvare una richiesta di referendum con una minoranza o con un quarto dei consiglieri, cioè un atto dieci volte superiore, un atto sostitutivo dell'intero apparato comunale si chiede con quattro voti e qui la richiesta di un controllo di legalità di dovrebbe avere con un terzo dei voti, il che è assolutamente illogico.

**PRÄSIDENT**: Danke, Abgeordneter Willeit. Abgeordneter Taverna, bitte.

**TAVERNA**: Presidente, le argomentazioni sostenute dal collega Willeit sono pienamente condivisibili, perché vi è una contraddizione di fondo tra la richiesta... è mai possibile che quando parlo io il collega Moser disturbi sempre! Non è possibile!

**MOSER**: Disturbo tutti, perché questo non è il modo di lavorare!

**TAVERNA**: Hai perfettamente ragione, avresti dovuto protestare quando il Presidente Peterlini ha commesso un arbitrio... perché quando tu correvi andavi avanti e tornavi indietro! Mi pare sia una logica ineccepibile.

Comunque, signor Presidente, la incongruenza è evidente, chiediamo un quarto dei consiglieri per la indizione di un referendum e chiediamo un terzo per il controllo di legittimità delle delibere, è fuori di senno un'impostazione di questa natura.

Quindi senza farla troppo lunga, avrei la possibilità di parlare per altri quattro minuti, Presidente, voglio dimostrare che sono di spirito conciliante ed anche se prima ho subito un'ingiustizia per quanto riguarda il suo atteggiamento, mi rendo conto che non è attraverso il parlare quattro minuti che mi consente di vendicarmi del suo arbitrio. Dico soltanto però che da un punto di vista obiettivo - e qui sfido chiunque a contestare sul piano della logica questa affermazione - esiste una incongruenza tra la richiesta di un quarto dei consiglieri per la indizione di un referendum e la richiesta di un terzo per il controllo di legittimità delle delibere.

Quindi dopo aver detto questo, è fin troppo evidente che per quanto ci riguarda noi approveremo l'emendamento proposto, che vuole ridurre la quota portandola da un terzo ad un quinto dei consiglieri per giungere al controllo di legittimità delle delibere.

Il collega Willeit è stato esemplare e sintetico, mi rifaccio al suo intervento, che condivido e quindi condivido anche l'emendamento, perché questo vuole realizzare, è una cosa di buon senso.

**PRÄSIDENT**: Danke, Abgeordneter Taverna. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Zanoni. Bitte.

**ZANONI**: Sono d'accordo anch'io sul richiamo che fa il cons. Moser all'aula, che i lavori dovrebbero essere più seguiti, ma abbiamo a Trento già un censore, che risponde al nome di Fedel, per cui non me la sento di accettare, perché le prediche va bene che bisognerebbe ascoltarle così come sono, senza guardare chi è il predicatore, per cui consiglieri più prudenza al cons. Fedel, che non ho visto, ma a Francesco Moser che vedo e la prudenza in questo caso consiglierebbe un dignitoso silenzio.

Stiamo parlando di riforme, cons. Moser, che andranno a cambiare l'ordinamento di quelle che sono le competenze, per cui ritengo che il partecipare alla discussione, d'accordo molto più ordinata di quello che stiamo facendo, l'aula non aiuta anche dal punto di vista della fonetica, però credo che su alcuni istituti se non riflettiamo, vedi il referendum, perché ne stiamo parlando in questi giorni, è un istituto

che era nato per dare grande possibilità alla gente di esprimersi, poi l'abuso addirittura ci fa pendere verso la soppressione, si dice: buttiamo via il bambino con l'acqua sporca.

Allora prendere decisioni sull'uso del referendum a livello comunale, strumento per il quale mi pare che in alcune località, anche recentemente l'altro giorno a Rio Pusteria la gente ha potuto esprimersi su un grande progetto, ritengo sia uno strumento su cui va riflettuto.

Allora è chiaro che se su questo abbiamo sospeso la discussione, perché ritenevamo che il 5 o il 10 non andasse bene, è logico che discriminare, fare i due terzi, o i tre quinti o i quattro quinti per richiedere il controllo di legittimità, anch'io sono d'accordo con Willeit, non c'è proporzione nella richiesta in termini sostanziali, per cui non vedo la differenziazione che va fatta per i comuni con più di 3 mila o meno di 3 mila abitanti.

Anch'io consiglierei un numero inferiore, in modo che chi vuole accedere al controllo possa esercitare da cittadino, prima ancora che da consigliere, la sua legittima partecipazione alle decisioni della cosa pubblica, viceversa dico che la disciplina sul referendum non c'è dubbio che va meditata, come giustamente ha richiesto il cons. Atz, dateci tempo un paio di ore e lì esprimeremo un parere, perché non c'è dubbio che non possiamo arrivare ad usare il referendum per ogni decisione.

Introdurrei anche qualche cosa di più sostanziale, perché se decidiamo con referendum su tutto diventa plebiscito, con tutto quello che ne consegue, ma viceversa sui grandi temi che toccano una comunità più o meno piccola, credo che dobbiamo riflettere, ma concedere uno strumento realmente di democrazia e di partecipazione, senza porre ostacoli ulteriori, ma nemmeno eccessive facilitazioni.

**PRÄSIDENT**: Danke, Abgeordneter Zanoni. Fatto personale ha precedenza. Bitte, Abgeordneter Moser.

**MOSER**: Sono intervenuto prima senza chiedere la parola, perché si discute continuamente su come procedere! Non possiamo stare sempre qui a perdere tempo, a dirci delle cose in faccia che non hanno senso! Io non sono il cons. Fedel, non voglio essere paragonato a nessuno, però cons. Zanoni, se lei ha detto una cosa io posso dirne un'altra, ma non deve dire che Moser è come Fedel, o Fedel è come Moser, perché queste cose non mi permetto di dirle a nessuno.

Per continuare i lavori si può anche sospendere un punto ed andare avanti con gli altri, credo sia una cosa legittima, altrimenti basta che ci dite: state a casa e venite fra cinque giorni che votiamo, mentre voi state qui a dirvi tutto quello che volete, che a me non interessa niente!

**PRÄSIDENT**: Ich wünsche allen einen guten Appetit. Die Arbeiten werden um 15.00 fortgesetzt.

(ore 12.58)

(ore 15.12)

**Vorsitz: Präsident Peterlini**  
**Presidenza del Presidente Peterlini**

**PRÄSIDENT**: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

**DENICOLO'**: (Sekretär):(ruft die Namen auf)  
(Segretario):(fa l'appello nominale)

**PRÄSIDENT**: Wer möchte jetzt noch das Wort zum Änderungsantrag zum Artikel 8?  
Abgeordneter Boldrini, bitte.

**BOLDRINI**: Grazie Presidente. Parlo anche a nome dei miei colleghi, siamo sempre molto attenti alle vicende che si susseguono, però abbiamo un limite, dovuto probabilmente all'intelligenza, andiamo per gradi. Quando abbiamo saltato l'art. 7 e ci siamo soffermati sull'art. 8, noi all'art. 8 non eravamo ancora arrivati e non conoscevamo il testo e nemmeno il tenore degli emendamenti.

Siccome abbiamo letto questo emendamento, appena il Presidente ci ha detto che parliamo dell'art. 8, qua non capisco Presidente, perché questo emendamento è diverso dalla legge, perché l'emendamento che si dovrebbe votare recita: all'art. 8, comma 1, le parole "un terzo dei consiglieri nei comuni con popolazione superiore ai trentamila abitanti, ovvero un quinto dei consiglieri nei comuni con popolazione inferiore ai tremila abitanti," sono sostituite dalle parole "un quinto dei consiglieri".

Se questo emendamento non passa nei comuni con popolazione superiore ai trentamila abitanti va un terzo... se è un errore mi dispiace, o si corregge o non possiamo votare l'emendamento.

**PRÄSIDENT**: Dazu wird dann schon der Antragsteller Stellung nehmen. Jetzt die Abgeordnete Klotz, bitte.

**KLOTZ**: Ganz kurz, um zu sagen, daß der Antrag begründet und berechtigt ist, denn es geht hier immerhin um die Gesetzmäßigkeitskontrolle und zwar betrifft es Beschlüsse laut Artikel 13, Absatz 3 Buchstabe a) und b) - die Satzung der Körperschaft, die Programme und die Berichte - und Buchstabe f) - direkte Übernahme der öffentlichen Dienstleistungen. Es handelt sich also um wirklich wichtige Angelegenheiten, die der Gesetzmäßigkeitskontrolle unterliegen und wo ein Drittel doch zu viel ist, wenn es ein Fünftel der Ratsmitglieder verlangt. Wie gesagt, es geht um die Gesetzmäßigkeitskontrolle und die Kontrolltätigkeit sollte nicht verhindert werden und sie darf auch nicht erschwert werden. Das ist eines der wichtigsten Anliegen auch der Opposition und einer guten Mehrheit, denn eine Mehrheit, die sich nichts vorzuwerfen lassen braucht, braucht auch die Gesetzmäßigkeitskontrolle nicht zu fürchten.

Infolgedessen, wenn sie mit allem in Ordnung ist, muß sie auch - wenn nur ein "Fünftel" es verlangt - bereit sein, diese Gesetzmäßigkeitskontrolle durchführen zu lassen.

**PRÄSIDENT**: Danke, Frau Abgeordnete Klotz. Wir sind immer noch beim Änderungsantrag des Abg. Pinter, dem Antrag Nr. 20. Möchte noch jemand das Wort ergreifen? Dann gebe ich das Wort der Frau Assessor Chiodi, bitte.

**CHIODI**: Attualmente, in base all'art. 51 della legge n. 2 del gennaio 1993, la richiesta di controllo deve pervenire da un terzo dei consiglieri nei comuni della provincia di Trento o da un quarto di consiglieri nei comuni della provincia di Bolzano.

A livello nazionale esistono due diversi limiti, che sono dettati dall'esistenza di due sistemi elettorali, sopra i 15 mila abitanti un quarto con il sistema proporzionale, sotto i 15 mila abitanti un quinto con il sistema maggioritario.

Questo è per dire che l'emendamento del collega Pinter non viene accettato dalla Giunta.

**PRÄSIDENT**: Danke. Somit kommen wir zur Abstimmung. Geheimabstimmung? Wir nehmen dies zur Kenntnis, es gibt also die Geheimabstimmung.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel. Wir stimmen über den Änderungsantrag Nr. 20 der Abgeordneten Pinter, Gasperotti und anderer ab.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT**: Ich bitte um den Namensaufruf.

**DENICOLO'**: (Sekretär):(ruft die Namen auf)  
(Segretario):(fa l'appello nominale)

**PRÄSIDENT**: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben.

Abstimmende:	56
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	30
weiße Stimmzettel:	0

Damit ist der Antrag abgelehnt. Weiter zum Artikel 8. Der nächste Antrag stammt von der Abgeordneten Chiodi und trägt die Protokollnummer 9265.

#### Emendamento all' articolo 8

1. Al comma 1, dopo il comma 1 dell' articolo 51 é inserito il seguente:

"1-bis. Sono altresì soggette al controllo preventivo di legittimità le deliberazioni che le giunte intendono di propria iniziativa sottoporre alla Giunta provinciale."

#### Änderungsantrag zum Artikel 8

1. Im Absatz 1 des Artikels 8 wird nach Absatz 1 des Artikels 51 folgender Absatz hinzugefügt:

"1-bis. Es unterliegen ferner der vorhergehenden Gesetzmäßigkeitskontrolle die Beschlüsse, die die Ausschüsse aus eigener Initiative dem Landesauschuß unterbreiten möchten."

Wer meldet sich zu Wort? Bitte, Frau Assessor Chiodi.

**CHIODI:** Questo emendamento era già nella legge sull'ordinamento dei comuni, la legge n. 1, all'art. 51 c'era già l'articolo che prevedeva che le giunte intendono di propria iniziativa sottoporre alla Giunta provinciale competente, cioè lo abbiamo riscritto perché non l'avevamo inserito nell'articolo. Questo però è anche un articolo previsto dalla legge Bassanini bis, all'art. 17, comma 34.

Allora abbiamo riscritto quello che c'era già nella legge sull'ordinamento dei comuni e abbiamo anche recepito quello che ha scritto Bassanini nella sua legge all'art. 17.

**PRÄSIDENT:** Danke. Wortmeldungen? Dann stimmen wir ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Zehn.

Mit zehn Enthaltungen, keiner Gegenstimme und dem Rest Ja-Stimmen ist der Antrag genehmigt.

Wir kommen jetzt zum Artikel 8 insgesamt. Wortmeldungen?

Abgeordneter Willeit, bitte.

**WILLEIT:** Signor Presidente, volevo solo manifestare una mia opinione, che forse non è isolata, sui controlli. La restrizione dei controlli di legittimità corrisponde ad una moda degli ultimi tempi, una moda di apparire democratici, liberisti, fautori dell'autonomia locale. Sotto sotto si tratta spesso di un'operazione prettamente fittizia, perché non si riducono affatto i controlli, spesso si aggravano; alla abolizione dei controlli di legittimità si sostituiscono dei controlli che non appaiono, ma dei controlli di merito addirittura nelle forme di autorizzazione, di pareri, di sopralluoghi e così via, da parte dell'amministrazione attiva della Provincia.

A prescindere da questa sostituzione vi è un altro fattore, venendo a mancare la tutela giuridica, la tutela dei diritti, attraverso l'amministrazione di controllo della Provincia che cosa resta al cittadino? Restano due vie, una è quella del ricorso al TAR.

Ditemi voi se il ricorso al TAR è una tutela giuridica accessibile a tutti i cittadini, non è vero, chi ha soldi da buttare avrà anche una tutela, chi non li ha non ha tutela.

La seconda via, che non è una via, è quella indicata da Bassanini, è quella del Difensore civico, scusatemi, ma l'ho detto fin dal primo momento, quando si discuteva della figura del Difensore civico, non ho mai sostenuto il suo ruolo attivo di amministratore o di controllore, ma solo quello di mediatore. Comunque siamo contenti che i Consigli provinciali, almeno quello di Bolzano, ottengono un organismo di controllo, perché sappiamo tutti che il Difensore civico è collocato nell'ambito del Consiglio provinciale.

Volevo avvertire il Consiglio regionale di questa fattispecie e di questa conseguenza della riduzione indiscriminata dei controlli di legalità, proprio per evitare di commettere quell'errore che commette lo Stato, proprio per evitare che si proceda per quella strada fittizia della democrazia, che va a scapito dei meno abbienti, questo è poco ma sicuro.

**PRÄSIDENT:** Danke. Jetzt stimmen wir über diesen Artikel 8 ab. Wer dafür ist möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer ist dagegen? Ich sage ihnen gleich, daß ich die Mehrheit nicht gezählt habe. Jetzt sehe ich allerdings, daß hier auch sehr viele aufheben.

Chi ha chiesto la verifica? Kollege Pinter. Ich habe die 18 Gegenstimmen gezählt, aber ich habe nicht die Ja-Stimmen gezählt. Der Abgeordnete Pinter hat die Wiederholung der Abstimmung verlangt.

Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. 26 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? 14 Nein-Stimmen. Wer enthält sich der Stimme? Niemand

Bei 26 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung wird der Artikel genehmigt.

Ich gebe dem Abgeordneten Taverna recht, daß es schwierig war. Ich selbst habe aber einen Fehler gemacht, denn ich habe nämlich die Ja-Stimmen nicht gezählt gehabt, weil ich geglaubt hatte, es würde reichen und dann habe ich gesehen, daß sehr viele Nein-Stimmen waren. Dann hat der Abgeordnete Pinter die Wiederholung verlangt. Frau Abgeordnete Klotz, ich habe die Ja-Stimmen nicht gezählt. Da ist nichts zu machen. Wenn die Beschlußfähigkeit nicht verlangt wird, dann braucht man normalerweise nicht zu zählen und wenn ich sehe, daß eine breite Mehrheit dafür ist, dann brauche ich sie auch nicht zu zählen. Ich habe zugegeben, daß ich nicht mehr sicher war, ob es die Mehrheit war und darauf hat der Abgeordnete Pinter den Antrag auf Wiederholung der Abstimmung gestellt. Das habe ich gemacht. Daß das Reglement zuläßt, daß man bei der Tür hereinkommt und wählt, das habe nicht ich erfunden.

Wer möchte das Wort? Der Abgeordnete Leitner, bitte.

**LEITNER:** Wir haben ein Präsidium, das aus fünf Leuten besteht, die alle eine Menge Geld bekommen. Wir haben heute das Amtsblatt der Region ausgeteilt bekommen, wo drei Ordnungsbestimmungen für die Vergütungen an das Präsidium des Regionalrates drinnen sind.

Ich ersuche Sie Herr Präsident, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Mitarbeiter auch dort oben sitzen. Dann können sie Ihnen beim Zählen helfen und dann haben wir nicht dieses Schlamassel, das wir jetzt haben. Das ist ein ganz, ganz großer Skandal und dann die Stimmenverteilung so und anders zu interpretieren, das geht einfach nicht. Im Präsidium sitzen fünf Leute, die eigens dafür bezahlt bekommen. Ich ersuche Sie, dafür zu sorgen, daß die Leute auch dort oben Platz nehmen.

**PRÄSIDENT**: Der Abgeordnete Divina ist da, aber ich bitte ihn trotzdem heraufzukommen. Der Abgeordnete Denicolo', der normalerweise sehr, sehr fleißig ist, das möchte ich auch hervorheben, ist beim Zahnarzt schon lange vorgemerkt gewesen und hat mich gebeten, ihn zu entschuldigen. Aber er kommt noch und dann sind wir vollständig. Der Herr Vizepräsident und ich wechseln uns ein bißchen ab. Sie haben recht. Kollege Divina se fosse così gentile. Se non ha da svolgere funzioni politiche potrebbe star seduto qua.

Bitte, Abgeordneter Holzmann.

**HOLZMANN**: Signor Presidente, da quello che lei ha detto sembra di capire che quando ci sono delle votazioni si parte dal presupposto che qualsiasi argomento ottenga la maggioranza di voti favorevoli, perché nella precedente votazione c'era una maggioranza di voti contrari, rispetto al punto che si stava votando e come è accaduto altre volte, lei ha rimesso in votazione il punto che in quel momento era in votazione.

Questo modo di procedere per me è inaccettabile e pertanto abbandono i lavori, perché non accetto di farmi prendere in giro.

**PRÄSIDENT**:. Bitte, Abgeordneter Gasperotti.

**GASPEROTTI**: Grazie Presidente. Intervengo sull'ordine dei lavori. Inviterei la Presidenza ad essere la più legale possibile, dico "legale possibile" perché non trovo un termine diverso.

Quando lei fa la verifica deve far chiudere le porte, altrimenti non si chiama più verifica, ma nuova votazione, ha capito Presidente? No, allora ripeto. Sto solo affermando che c'è una differenza fra ripetere e rifare una votazione, perché ripetere la votazione vuol dire chiudere le porte, come fanno alla Camera, al Senato, dappertutto, perché non si prendono in giro, sono persone oneste, corrette e sincere, mentre qui si lascia aperta la possibilità che qualcuno esca ed entri! Questo non è ripetere la votazione, si chiama rifare la votazione, come se non fosse avvenuto niente.

Le chiedo formalmente il rispetto di questo principio, che diventa fondamentale, di sostanza, perché quest'aula si chiami aula decisionale con pari dignità. Grazie.

**PRÄSIDENT**: Die Abgeordnete Kury, bitte.

**KURY**: Ich verstehe einfach nicht warum sich das Präsidium des Regionalrates nicht mit dem Präsidium des Landtages an einen Tisch setzt und endlich eine Abstimmungsmöglichkeit schafft, die die Damen und Herren Abgeordneten dazu zwingt, an ihrem Platz abzustimmen wie in anderen Parlamenten der Welt auch. Man sitzt auf dem Platz und drückt einen Knopf. Es gibt eigentlich nichts leichteres als das endlich zu machen und die Tatsache, daß man das offensichtlich nicht will, legt die Vermutung nahe, daß man gerne mit diesen Situationen der Unsicherheit spielt. Ich ersuche den Präsidenten - und ich werde in Zukunft auch den Präsidenten des Landtages ersuchen -, endlich dafür Sorge zu tragen, daß man vom Platz aus abstimmen kann und dann gibt es keine Probleme mehr. Dann müßten auch die Herren auf ihrem Platz sitzen und könnten nicht nur einen halben Fuß in unseren Saal stecken und dann wieder entschwinden.

**PRÄSIDENT**: Der Abgeordnete Taverna, bitte.

**TAVERNA**: Signor Presidente, mi vedo costretto a stigmatizzare questo modo confuso e quando mi esprimo in questi termini lo faccio in modo tale da non offendere nessuno, tanto meno la Presidenza. Il collega Holzmann ha perfettamente ragione, non è accettabile che quando c'è una maggioranza di voti contrari, come nel caso specifico, si possa intervenire, signor Presidente, lei è il Presidente dell'Assemblea, è al di sopra delle parti e quindi deve dirigere i lavori di questa Assemblea rispettando la volontà della stessa.

Pochi minuti fa era parso chiaro che la maggioranza era contraria, su questo non c'è ombra di dubbio e penso che il collega Leveghi non abbia motivazioni particolari per darmi ragione nel denunciare tutto questo, se ciò non fosse vero.

Allora sia portato rispetto per coloro che sono in aula e che hanno ritenuto in tutta libertà di votare in modo difforme da quello che poteva votare la maggioranza.

Quindi è evidente a questo punto che non ci sentiamo più garantiti, non soltanto per quanto riguarda gli effetti di quella votazione, ma perché abbiamo la convinzione che se si dovesse continuare, così qualsiasi voto non favorevole alla maggioranza verrebbe ritenuto dalla Presidenza inammissibile e quindi si ritornerebbe a votare!

Sotto questo profilo mi sento di poter interpretare le istanze di tutti i settori del Consiglio, non quelli di maggioranza o di opposizione, perché se fossi io al suo posto, signor Presidente, anche se la votazione potesse disturbarmi nella qualità di Presidente dovrei garantire a tutti quanti la certezza della legittimità del voto, perché se non garantiamo ciò evidentemente saremo noi stessi i primi a contravvenire a quelle regole a cui prima facevo riferimento.

Quindi invito il collega Holzmann a soprassedere alla decisione che, nella sua autonomia, ha ritenuto di dover effettuare poc'anzi, ma al tempo stesso protesto nel modo più dignitoso, ma più fermo possibile, per quanto riguarda questi aspetti che devono essere denunciati.

Sono sicuro di interpretare, a questo riguardo, il sentimento di tutti e quindi signor Presidente la invito ancora una volta ad essere al di sopra delle parti, l'ho votata senza riserve mentali, non mi faccia pentire del voto che ho dato.

**PRÄSIDENT:** Wenn weitere Wortmeldungen sind, dann bitte jetzt, denn danach möchte ich replizieren. Danke.

Ich habe gesagt und das gebe ich auch zu, daß ich nicht imstande war, die Stimmen zu zählen. Ich bin auch alleine gewesen und wenn Sie die Präsidiumsmitglieder ermahnen - der Abgeordnete Leitner hat das getan - dann nehme ich natürlich diejenigen in Schutz, die da waren, den Abgeordneten Willeit und in diesem Fall auch den Abgeordneten Denicolo', der normalerweise sehr fleißig ist, aber die anderen fehlen. Das Präsidium ist vom Regionalrat gewählt worden und muß, wie Sie richtigerweise sagen, seine Aufgaben wahrnehmen. Da gebe ich Ihnen recht. Ich sehe auch nicht immer alles und ich habe in der normalen Praxis, wenn nicht die Beschlußfähigkeit verlangt wird, geschaut, ob die Mehrheit gegeben ist und dann habe ich gezählt wer dagegen ist oder umgekehrt. Aus diesem Grunde habe ich nicht gewußt wieviele Ja-Stimmen waren und habe dann allerdings - und das war ein ehrliches Zugeben - gesehen, daß sehr viele Nein-Stimmen waren. In diesem Moment hatte ich schon Schwierigkeiten zu bestimmen was die Mehrheit darstellte, die Ja- oder die Nein-Stimmen. Ich hätte auch sagen können, das war die Mehrheit, aber ich hab auch nicht sagen können, ob es jetzt 19, 18 oder 17 waren, die dafür waren. Deswegen hat dann - und das ist im Reglement vorgesehen - der Abgeordnete Pinter die Überprüfung verlangt. Soweit müßt ihr zugeben, daß ich versucht habe, das Beste zu geben.

Damit kommt jetzt eine Grundsatzfrage und ich komme zum Punkt 3. Zugegeben, das Präsidium soll seine Aufgaben wahrnehmen. Ich habe dem Abgeordneten Divina gerade gesagt er soll kommen. Er ist dann hinausgegangen. Ich kann ihn nicht mit Waffengewalt holen. Beim Vizepräsidenten und beim Präsidenten müßt ihr auch verstehen, daß ein bißchen Abwechslung ab und zu auch notwendig ist.

Zweiter Punkt, da war diese objektive Schwierigkeit, daß man es nicht geschafft hat, alles zu zählen. Sicherlich nicht mit bösem Willen.

Drittens. Das Reglement sieht die Wiederholung der Abstimmung vor.

Ich komme jetzt aber zum vierten Punkt. Da hat der Abgeordnete Gasperotti gesagt und das scheint mir interessant zu sein, daß man läutet und bei der Abstimmung hereinholt, wen man hereinholen kann, damit die Beschlußfähigkeit da ist, weil wir auch nicht immer beschlußunfähig sein wollen. Es wäre auch wünschenswert, daß alle dableiben. Es ist aber eine Realität, daß viele Verantwortungsbereiche und Aufgabenbereiche neben den Sitzungen wahrgenommen werden müssen. Eine andere Sache aber ist es, wenn die Abstimmung wiederholt wird und über diesen Punkt möchte ich schon im Fraktionssprecherkollegium offen reden, weil mir das eigentlich einleuchtend vorkommt, daß man sagt, gut wir wiederholen, aber dann sollen diejenigen wiederholen, die anwesend waren. Aber das ist neu. Das war noch nie so und diese Neuerung besprechen wir bitte das nächste Mal und ich bitte bis dahin den Abgeordneten Holzmann und wer da jetzt protestiert hat, über seine Entscheidung

nachzudenken, daß wir halt doch jetzt dableiben und daß wir bei der nächsten Fraktionsführersitzung das ordentlich ausmachen, weil ich das auch nicht alleine entscheiden kann. Ich kann nicht eine Neuerung einführen, die im Reglement nirgends verankert ist. Wenn man das aber ausredet, dann glaube ich ist es eine korrekte Lösung, daß eine Wiederholung der Abstimmung zwischen denjenigen, die effektiv im Saal waren, vorgenommen wird.

Die elektronische Abstimmung ist einmal vom Regionalrat abgelehnt worden, aber das war noch in der letzten Legislaturperiode.

Bitte, Frau Abgeordnete Klotz.

**KLOTZ:** Ich möchte nur einen ganz einfachen Vorschlag machen, daß das Präsidium dafür sorgt und garantiert, daß bei jeder Abstimmung die Stimmen gezählt werden. Wenn also eine Abstimmung stattfindet, werden alle Ja-Stimmen, alle Nein-Stimmen und alle Enthaltungen gezählt, dann gibt es dieses Problem nicht mehr. Eine ganz einfache Lösung. Das ist ein Sache, die das Präsidium einfach auszumachen hat und garantieren muß, daß dann jeweils alle Stimmen gezählt werden.

**PRÄSIDENT:** Danke, Frau Abgeordnete Klotz. Wir können das tun, aber natürlicherweise inoffiziell, denn wenn es nicht verlangt wird, würde es am laufenden Band die Beschlußfähigkeit in Frage stellen. Im Normalfall - und zwar nicht nur im Landtag in Bozen und in Trient, sondern in jedem Parlament - wird die Mehrheit der Präsenz angenommen und ist damit nicht festzuhalten. Wenn ich nämlich sage, es sind 7 dagegen und 25 dafür, dann habe ich 32 und wäre dann nicht beschlußfähig. Wir zählen sie und das möchte ich auch garantieren und ich möchte jetzt die Diskussion zum Anlaß nehmen, auch den anwesenden Präsidiumsmitgliedern zu sagen, bitte in diesem Sinne auch mitzuwirken, weil man als Vorsitzender auch nicht alles tun kann und normalerweise auch die Sekretäre zählen müssen. Danke für die Anregungen und bitte um Verständnis für diese Schwierigkeit, in der wir waren.

Ich würde jetzt zurückkommen zum ausgesetzten Artikel von heute vormittag über die Volksbefragungen in den Gemeinden. Es ist der Artikel 7-bis und da haben wir alles fertig diskutiert. Es ist Geheimabstimmung verlangt worden und darüber ist bereits abgestimmt worden. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT:** Ich bitte um den Namensaufruf.

**WILLEIT:** (Sekretär):(ruft die Namen auf)  
(Segretario):(fa l'appello nominale)

*(interruzione)*

**Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter**

## **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** Comunico l'esito della votazione:

votanti	52
schede favorevoli	19
schede contrarie	29
schede bianche	4

Il Consiglio non approva.

Comunico che era prevista la conferenza dei Capigruppo per le ore 17.00, la Presidenza ha ritenuto di annullare questo incontro ed informo l'aula che i lavori proseguiranno fino alle ore 18.00 e poi la seduta si chiude.

Sull'ordine dei lavori ha chiesto la parola la cons. Klotz, prego.

**KLOTZ:** Herr Präsident, ich bitte kurz um Ihre Aufmerksamkeit. Ich muß ehrlich sagen, ich weiß nicht mehr wem ich glauben soll und woran ich mich orientieren soll. Wir haben am Dienstag von unseren Fraktionssprechern gehört, daß man im Fraktionssprecherkollegium vereinbart hatte, heute um 17.00 Uhr die Sitzung zu schließen und daß sich daraufhin die Fraktionssprecher treffen. Herr Präsident, in der Annahme, daß das, was zu Beginn in der Fraktionssprechersitzung ausgemacht worden war, dann auch gelten würde, habe ich beispielsweise für 17.00 Uhr andere Verpflichtungen übernommen, weil ich ja nicht wissen kann, daß die Fraktionssprecher kurzfristig etwas anderes beschlossen haben. Herr Präsident, ich ersuche Sie wirklich, getroffene Vereinbarungen einzuhalten und sonst rechtzeitig abzusagen, denn ich muß jetzt weg um 17.00 Uhr. Tut mir leid. Ich habe mich an dem orientiert was zu Beginn fixiert worden war.

**PRESIDENTE:** Cercherò di giustificarla, collega Klotz, capisco gli impegni che lei si è presa, però eravamo d'accordo che alle ore 17.00 si interrompevano i lavori, perché era stata convocata la conferenza dei Capigruppo e dopo tale riunione si sarebbe proceduto in seduta notturna. La Presidenza, cercando di capire questa forma di stanchezza ed in seguito a richieste intervenute da parte di alcuni colleghi, rischiando che dopo le ore 18.00 venisse a mancare il numero legale, ha ritenuto di rinviare la seduta dei Capigruppo e continuare i lavori fino alle ore 18.00.

Sull'ordine dei lavori ha chiesto la parola la cons. Kury, prego.

**KURY:** Herr Präsident, wir haben letzten Monat neue Bestimmungen betreffend die Geschäftsordnung eingeführt. Es war anlässlich dieser Neufassung die Rede davon, daß es absolut notwendig ist, daß die Regionalratsabgeordneten wissen was in der nächsten Sitzungsperiode drankommt. Aus einen ganz einfachen Grund heraus, daß wir ausgemacht hatten, daß Abänderungsanträge 48 Stunden vorher eingereicht werden müssen. Wir haben eine Tagesordnung von ungefähr 100 Punkten, also ist es einfach

notwendig zu wissen, welche Tagesordnungspunkte bei der nächsten Sitzung behandelt werden, sonst können wir nicht 48 Stunden vorher Abänderungsanträge einbringen. Das haben wir gesagt letztes Mal. Nur unter dieser Voraussetzung konnten wir dieser Neufassung überhaupt zustimmen, sonst kommen wir ja zum Absurdum.

Wir haben eingeführt, daß am Ende einer Sitzungsperiode die Fraktionssprecher zusammentreten und sich über die Tagesordnung einigen. Das haben wir vor einem Monat ausgemacht und bei der ersten Sitzung, wo das angewendet wird, ist es schon wieder hinfällig und das ist einfach kein seriöses Vorgehen. Aber sagen Sie mir Herr Präsident, wie ich mich auf die nächste Sitzung vorbereiten soll und wie ich imstande sein soll, für eventuelle Gesetzentwürfe Abänderungsanträge vorzubereiten. Wenn Sie mir das Problem lösen, dann bin ich einverstanden und sonst bestehe ich wirklich darauf, daß man endlich Verpflichtungen einhält.

**PRESIDENTE:** E' difficile accontentare tutte le richieste, ma cerco di rispondere, tenendo conto che lei non ha torto nel voler sapere dal Presidente quali sono i punti prioritari nella seduta del 8 luglio. E' già stato concordato nella conferenza dei Capigruppo che, finito questo punto all'ordine del giorno, si procederà con i bilanci e poi si rispetterà l'ordine del giorno.

Volevo far presente all'aula che sono state fatte delle formali richieste da parte di alcuni consiglieri di non insistere nella seduta notturna e credo che questo faccia piacere alla stragrande maggioranza dell'aula.

Questa sera alle ore 17.00 la Presidenza ha deciso di non convocare la conferenza dei Capigruppo e di proseguire la seduta fino alle ore 18.00.

Sull'ordine dei lavori ha chiesto la parola il cons. Pinter, prego.

**PINTER:** Vorrei ricordare che nella conferenza dei Capigruppo si è detto anche che nella sessione di luglio si tratterà la mozione sulla bicamerale, è importante saperlo, perché non è previsto in questo momento l'inserimento nell'ordine del giorno.

**PRESIDENTE:** Ciò che è stato detto in quella riunione credo sia stato messo a verbale, comunque il Presidente convocherà la conferenza dei Capigruppo prima della seduta, come di consuetudine, per sistemare l'ordine del giorno.

Procediamo con i lavori, siamo all'art. 9.

#### Art. 9

*(Modifica all'articolo 52 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1)*

1. L'articolo 52 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, come modificato dall'articolo 73 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3 è sostituito dal seguente:

“Art. 52

*(Modalità del controllo preventivo di legittimità)*

1. Le deliberazioni indicate dall'articolo 51 diventano esecutive, se nel termine di trenta giorni dalla ricezione delle stesse la Giunta provinciale non abbia adottato un provvedimento di annullamento, dandone, entro il medesimo termine, comunicazione all'ente interessato.

2. Il controllo di legittimità comporta l'esame dell'atto sotto i profili della violazione di legge, tra cui anche la conformità dell'atto alle norme statutarie dell'ente dell'incompetenza, esclusa ogni diversa valutazione dell'interesse pubblico perseguito.

3. Il provvedimento di annullamento indica, anche con riferimento ai principi generali dell'ordinamento giuridico, le norme violate.

4. Le deliberazioni della giunta comunale sottoposte a controllo ai sensi dell'articolo 51, sono rinviate al consiglio comunale ove siano state ritenute viziate di incompetenza. Il consiglio nei casi di cui al presente comma adotta, entro dieci giorni, a maggioranza assoluta dei componenti, le proprie determinazioni.

5. Il termine è sospeso per una sola volta, se prima della sua scadenza, il Presidente della Giunta provinciale o l'Assessore competente chieda chiarimenti o elementi integrativi di giudizio all'ente deliberante. In tal caso, il termine per l'annullamento riprende a decorrere dal momento della ricezione degli atti richiesti; le deliberazioni decadono qualora il comune non ottemperi, entro trenta giorni dal ricevimento, alla richiesta di elementi integrativi di giudizio.

6. Le deliberazioni diventano esecutive prima del decorso del termine, se la Giunta provinciale dà comunicazione di non aver riscontrato vizi di legittimità.

7. La trasmissione alla Giunta provinciale delle deliberazioni dichiarate urgenti e soggette a controllo ha luogo entro otto giorni dalla adozione, a pena di decadenza.

8. Le deliberazioni del consiglio e della giunta soggette a controllo, devono essere fatte pervenire in duplice copia, entro quindici giorni dalla data della loro adozione, a pena di decadenza all'ufficio preposto alla vigilanza sugli enti locali della Provincia autonoma. Se la consegna viene effettuata a mano, l'ufficio provinciale ne accusa immediatamente ricevuta. Per le deliberazioni inviate a mezzo posta la data di arrivo in Provincia coinciderà con quella risultante dalla ricevuta di ritorno, se raccomandate, o con quelle del protocollo dell'ufficio provinciale, se trasmesse per via ordinaria.

9. Nell'esame del bilancio preventivo e del rendiconto della gestione il controllo di legittimità comprende la coerenza interna degli atti e la corrispondenza dei dati contabili con quelli delle deliberazioni, nonché con i documenti giustificativi allegati alle stesse.

10. La giunta provinciale può indicare all'ente interessato le modificazioni da apportare alle risultanze del rendiconto della gestione con l'invito ad adottarle entro il termine massimo di trenta giorni.

11. Nel caso di mancata adozione delle modificazioni entro il termine di cui al comma 10 o di annullamento della deliberazione di adozione del rendiconto della gestione da parte della giunta provinciale, questa provvede alla nomina di uno o più commissari per la redazione del conto stesso.

12. Qualora una decisione negativa di controllo sia annullata in sede giurisdizionale, la giunta provinciale non può più riesaminare il provvedimento sottoposto a controllo.”.

### **WILLEIT:**

#### Art. 9

*(Änderung zum Artikel 52 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1)*

1. Im Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 wird der Artikel 52, geändert durch Artikel 73 des Regionalgesetzes vom 30. November 1994, Nr. 3, durch den nachstehenden ersetzt:

#### "Art. 52

*(Verfahren für die vorhergehende Gesetzmäßigkeitskontrolle)*

1. Die im Artikel 51 angeführten Beschlüsse werden vollstreckbar, wenn der Landesausschuß innerhalb von dreißig Tagen nach deren Eingang keine Annullierungsmaßnahme verfügt, und dies innerhalb der gleichen Frist der betroffenen Körperschaft mitgeteilt hat.

2. Die Gesetzmäßigkeitskontrolle umfaßt die Prüfung des Rechtsaktes im Hinblick auf die Gesetzesverletzungen, darunter auch die Übereinstimmung des Rechtsaktes mit den Bestimmungen der Satzung der Körperschaft, sowie im Hinblick auf die Nichtzuständigkeit, wobei von jeder anderen Bewertung des wahrzunehmenden öffentlichen Interesses abgesehen wird.

3. In der Annullierungsmaßnahme sind auch unter Bezugnahme auf die allgemeinen Grundsätze der Rechtsordnung die verletzten Gesetzesbestimmungen anzugeben.

4. Die Beschlüsse des Gemeindeausschusses, die im Sinne des Artikels 51 der Kontrolle unterliegen, werden an den Gemeinderat rückverwiesen, wenn erklärt wurde, daß sie unter Mißachtung der Zuständigkeit gefaßt worden sind. In diesen Fällen trifft der Gemeinderat innerhalb von zehn Tagen mit absoluter Mehrheit der Mitglieder seine Entscheidungen.

5. Die Frist wird ein einziges Mal verlängert, wenn vor ihrem Ablauf der Landeshauptmann oder der zuständige Landesrat die beschließende Körperschaft um Erläuterungen oder ergänzende Angaben ersucht, die zur Beurteilung benötigt werden. In diesem Falle läuft die neufestgelegte Frist für die Annullierung ab dem Erhalt der angeforderten Unterlagen; die Beschlüsse verfallen, wenn innerhalb von dreißig Tagen ab dem Erhalt die Gemeinde der Aufforderung nicht nachkommt, ergänzende Angaben zur Beurteilung vorzulegen.

6. Die Beschlüsse werden vor dem Ablauf der Frist vollstreckbar, wenn der Landesausschuß mitteilt, daß keine Gesetzmäßigkeitsmängel festgestellt wurden.

7. Als dringend bezeichnete und der Kontrolle unterliegende Beschlüsse sind bei sonstigem Verfall dem Landesausschuß binnen acht Tagen nach Beschlußfassung zu übermitteln.

8. Die der Kontrolle unterliegenden Beschlüsse des Rates und des Ausschusses müssen bei sonstigem Verfall binnen fünfzehn Tagen nach Beschlußfassung in doppelter Ausfertigung dem mit der Aufsicht über die örtlichen Körperschaften beauftragten Amt der autonomen Provinz zugeleitet werden. Erfolgt die Übermittlung durch Boten, so hat das Amt der Provinz den Empfang der Sendung umgehend zu bestätigen. Für die auf dem Postwege per Einschreiben übermittelten Beschlüsse hat das Datum des Eingangs bei der Provinz dem Datum des Rückscheins zu entsprechen; als Datum des Eingangs der auf dem einfachen Postwege übermittelten Beschlüsse gilt das Datum des Posteingangsbuches des Aufsichtsamtes der Provinz.

9. Bei der Prüfung des Haushaltsvoranschlages und des Abschlußberichtes schließt die Gesetzmäßigkeitskontrolle die Richtigkeit der Rechtsakte und die Übereinstimmung der buchhalterischen Angaben mit den in den Beschlüssen enthaltenen Daten sowie mit den diesen beigelegten Belegen ein.

10. Der Landesausschuß kann der betreffenden Körperschaft die Änderungen angeben, die an den Beträgen des Abschlußberichtes vorzunehmen sind, mit der Aufforderung, die Änderungen binnen dreißig Tagen vorzunehmen.

11. Werden die Änderungen nicht innerhalb der Frist laut Absatz 10 vorgenommen, oder wird der Beschluß zur Verabschiedung des Abschlußberichtes vom Landesausschuß annulliert, so ernennt dieser einen oder mehrere Kommissare für die Erstellung des Abschlußberichtes.

12. Wird eine negative Entscheidung bezüglich der Überprüfung von seiten eines Gerichtsorgans annulliert, so darf der Landesausschuß die Maßnahme, die der Überprüfung unterliegt, nicht von neuem überprüfen."

**PRESIDENTE**: All'art. 9 è stato presentato un emendamento, prot. n. 8923, a firma dei cons. Kury, Zendron e Gasperotti, che recita: dopo il comma 12, è aggiunto il seguente comma:

“13. Ogni cittadino può, entro il periodo di pubblicazione, presentare alla Giunta provinciale reclamo avverso le deliberazioni elencate nell'articolo 51 e opposizione a tutte le altre deliberazioni alla giunta comunale che ne verrà informata nella prima seduta successiva. L'ufficio preposto alla vigilanza sugli enti locali della Provincia autonoma, rispettivamente il segretario comunale, ne accusano ricevuta”.

La parola alla cons. Kury per l'illustrazione.

**KURY**: Danke, Herr Präsident. Es ist ein ganz einfacher Abänderungsantrag. Es geht hier darum, den Bürgern gegen Beschlüsse des Rates und des Ausschusses ein Rekurs- und Beschwerderecht einzuräumen. Es ist folgendes vorgesehen: der Bürger kann gegen jene Beschlüsse, die im Artikel 51 aufgelistet sind, also diejenigen, die der Gesetzmäßigkeitskontrolle unterliegen, bei der Landesregierung Einspruch erheben und bei allen anderen Beschlüssen beim Gemeindeausschuß.

**PRESIDENTE**: Qualcun altro intende intervenire? La parola all'assessore Chiodi.

**CHIODI**: La Giunta accetta questo emendamento, perché era scritto anche nel testo della legge regionale all'art. 97.

**PRESIDENTE**: Pongo in votazione l'emendamento, prot. n. 8923. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 4 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

L'emendamento, prot. n. 8920, a firma dei conss. Chiodi, Grandi ed altri è stato ritirato.

Qualcuno intende intervenire sull'art. 9 così emendato? Nessuno. Lo pongo in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 3 voti contrari, 6 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'art. 9 è approvato.

E' stato presentato un emendamento aggiuntivo, l'art. 9/bis e faccio presente ai firmatari che lo dichiaro decaduto; in base all'art. 74 del nuovo regolamento non sono ammessi emendamenti o subemendamenti aventi oggetto estraneo all'argomento. Perciò questo emendamento ed i relativi subemendamenti decadono.

Dò lettura dell'art. 10.

#### Art. 10

*(Abrogazione dell'articolo 53 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1)*

1. L'articolo 53 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 è abrogato.

#### **WILLEIT**:

#### Art. 10

*(Aufhebung des Artikels 53 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1)*

1. Im Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 wird der Artikel 53 aufgehoben.

**PRESIDENTE**: Qualcuno intende intervenire sull'art. 10? Nessuno. Lo pongo in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 3 voti contrari, 9 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'art. 10 è approvato.

#### Art. 11

*(Norma transitoria)*

1. La legge provinciale può disporre la soppressione degli enti già istituiti ai sensi dell'articolo 7 del decreto del Presidente della Repubblica 22 marzo 1974, n. 279 (Norme di attuazione dello Statuto speciale per la Regione Trentino-Alto Adige in materia di minime proprietà colturali, caccia e pesca, agricoltura e foreste) e disciplinarne la liquidazione ed il trasferimento delle funzioni, del personale e dei beni e dei rapporti giuridici in essere ai comuni, singoli o associati, ovvero alle unioni di comuni costituite.

**WILLEIT:**

Art. 11  
(*Übergangsbestimmung*)

1. Mit Landesgesetz kann die Auflösung der bereits im Sinne des Artikels 7 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 22. März 1974, Nr. 279 (Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol betreffend Mindestbewirtschaftungseinheiten, Jagd und Fischerei, Land- und Forstwirtschaft) errichteten Körperschaften verfügt werden und deren Liquidierung sowie die entsprechende Übertragung der Funktionen, die Versetzung des Personals, die Übergabe der Güter und der Übergang der Rechtsverhältnisse, die die einzelnen oder zusammengeschlossenen Gemeinden oder die bestehenden Gemeindenverbände innehaben, geregelt werden.

**PRESIDENTE:** All'art. 11 è stato presentato un emendamento, prot. n. 9107, a firma dei cons. Zanoni, Valduga e Giordani, che recita: il comma 1 dell'articolo 11 è così sostituito:

“1. All'atto della determinazione degli ambiti territoriali entro i quali operano le forme associative o di collaborazione fra comuni nonché le comunità montane, come indicate all'articolo 39, comma 1 della L.R. n. 1/1993, la legge provinciale può disporre in ordine al trasferimento delle funzioni, del personale, dei beni e dei rapporti giuridici degli enti già istituiti ai sensi dell'articolo 7 del D.P.R. 22 marzo 1974, n. 279.”

La parola al cons. Zanoni per l'illustrazione.

**ZANONI:** Abbiamo ritenuto di formulare il comma 1 in questo modo, ritenendo che con legge provinciale non è possibile intervenire su norme di attuazione, a parte che questo emendamento è in funzione dell'impostazione che avevamo dato al nostro disegno di legge ed ai nostri emendamenti, per cui il comma 1, così come proposto dalla legge 86, mira, se approvato, a sopprimere le comunità montane, in quanto l'art. 7 del DPR 279 cita testualmente: comunità montane ed altre forme associative.

E' evidente che scrivendo: la legge provinciale può disporre la soppressione facendo riferimento ad un DPR di una norma di attuazione, a me pare che non stia in piedi e pertanto lo abbiamo emendato dicendo che all'atto e qualora nella rideterminazione degli ambiti si decidesse di cambiare l'ampiezza di queste comunità montane, di queste forme associative, non si possono abolire, si disciplina solo il trasferimento di funzioni, che prima erano allocate in quegli enti e che adesso dovrebbero trovare posto in altri. La stessa cosa riguarda le proprietà immobiliari, il personale, eccetera.

Per cui ritengo che intervenire sul DPR n. 279 attraverso la legge provinciale sia un abisso, anche perché il comma 2 dice che a Bolzano, viceversa, si può continuare, perché è talmente esplicita questa norma di una differenziazione assoluta

delle due Province, qui sta tutto il sunto delle critiche che abbiamo fatto in questi giorni, dove il comma 1 recita: “La legge provinciale può abolire comunità montane, comprensori, associazioni e disporre in merito a trasferimenti”, invece gli stessi enti che fanno riferimento all’art. 6 della stessa norma a Bolzano viceversa continuano, poichè si cita in entrambi i commi l’art. 7 della n. 279.

Allora delle due l’una, o la norma di attuazione vale a livello regionale o evidentemente non vale per nessuno, però qui è molto grave questa differenziazione, indipendentemente da quelle che sono le convinzioni che derivano dalla nostra impostazione. Allora noi lo abbiamo emendamento laddove la legge provinciale non può sopprimere, al limite può disciplinare il passaggio di funzioni, di personale, degli immobili, qualora venissero ridisegnati gli ambiti, ma non già sopprimere intervenendo su una norma di attuazione. A me pare estremamente pericoloso e forse non possibile da parte delle leggi provinciali.

**PRESIDENTE**: Qualcun altro intende intervenire sull’emendamento Zanoni? Nessuno. Lo pongo in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 12 voti favorevoli, 2 voti di astensione e tutti gli altri contrari, l’emendamento è respinto.

Qualcuno intende intervenire sull’art. 11? Nessuno. Lo pongo in votazione. E’ stata fatta la richiesta di votazione a scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRESIDENTE**: Colleghi dobbiamo ripetere la votazione, questi comportamenti sono poco seri! Un consigliere può mettere la propria scheda, non può aggiungerne un’altra, anche perché credo che questo non porti prestigio all’aula! Vi prego di essere rispettosi e seri.

Dobbiamo rifare la votazione, perché un collega ha inserito due schede nell’urna!

Prego gli uscieri di distribuire le schede. Ricordo che stiamo votando l’art. 11.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRESIDENTE**: Comunico l’esito della votazione dell’art. 11:

votanti	54
schede favorevoli	35
schede contrarie	13
schede bianche	6

Il Consiglio approva.

Cons. Gasperotti, se c'è la sua disponibilità la Giunta intende ritirare il proprio emendamento, lei lo mantiene?

**GASPEROTTI**: Sì, lo mantengo.

**PRESIDENTE**: Bene. Dò lettura dell'emendamento aggiuntivo, l'art. 11/bis, a firma dei cons. Grandi, Chiodi ed altri, che recita:

“Art. 11 bis  
(Modifica degli articoli 10, 23 e 24 della legge regionale  
1° agosto 1996, n. 3)

1. Il comma 1 dell'articolo 10 della legge regionale 1° agosto 1996, n. 3 è sostituito dal seguente: “Nelle I.P.A.B. della I categoria il Collegio dei revisori dei conti, composto di tre membri, di cui uno con funzioni di Presidente, è nominato dal Consiglio di amministrazione dell'I.P.A.B. stessa.”.

2. Il comma 8 dell'articolo 10 della legge regionale 1° agosto 1996, n. 3 è sostituito dal seguente: “Nelle I.P.A.B. di II e III categoria la revisione economico-finanziaria è affidata ad un solo revisore nominato dall'I.P.A.B. medesima, scelto tra gli iscritti nel registro di cui al comma 2.”.

3. Nel comma 9 dell'articolo 10 della legge regionale 1° agosto 1996, n. 3, le parole “che è a carico del bilancio del comune di cui al comma 1” sono soppresse.

4. La lettera d) del comma 1 dell'articolo 23 della legge regionale 1° agosto 1996, n. 3 è sostituita dalla seguente: “tre esperti di nomina delle Associazioni maggiormente rappresentative delle I.P.A.B. a livello provinciale.”.

5. Nel comma 3 dell'articolo 24 della legge regionale 1° agosto 1996, n. 3, le parole “Esso può legittimamente deliberare con la presenza di almeno nove componenti.” sono soppresse.

**WILLEIT**:

Änderungsantrag zum Artikel 11

Nach dem Artikel 11 wird der nachstehende neue Artikel hinzugefügt:

"Art. 11-bis  
(Änderungen zu den Artikeln 10, 23 und 24 des Regionalgesetzes vom 1. August 1996,  
Nr. 3)

1. Im Artikel 10 des Regionalgesetzes vom 1. August 1996, Nr. 3 wird der Absatz 1 durch den nachstehenden ersetzt: "Bei den ÖFWE der 1. Kategorie besteht das Rechnungsprüferkollegium aus drei Mitgliedern, von denen eines die Aufgaben des Präsidenten übernimmt. Das Kollegium der Rechnungsprüfer wird vom Verwaltungsrat der ÖFWE ernannt."

2. Im Artikel 10 des Regionalgesetzes vom 1. August 1996, Nr. 3 wird der Absatz 8 durch den nachstehenden ersetzt: "Bei den ÖFWE der 2. und 3. Kategorie wird mit der wirtschaftlich-finanziellen Prüfung ein einziger Rechnungsprüfer betraut, der von der ÖFWE unter den Freiberuflern ernannt wird, die in dem im Absatz 2 genannten Verzeichnis eingetragen sind."

3. Im Artikel 10 des Regionalgesetzes vom 1. August 1996, Nr. 3 werden im Absatz 9 die Worte "Die Vergütung für die Rechnungsprüfer geht zu Lasten des Haushalts der im Absatz 1 genannten Gemeinde; ihre Höhe" durch die nachstehenden ersetzt: "Die Höhe der Vergütung für die Rechnungsprüfer".

4. Im Artikel 23 des Regionalgesetzes vom 1. August 1996, Nr. 3 wird im Absatz 1 der Buchstabe d) durch den nachstehenden ersetzt: "aus drei Sachverständigen, die von den wichtigsten Vertretungsvereinigungen der ÖFWE auf Landesebene ernannt werden."

5. Im Artikel 24 des Regionalgesetzes vom 1. August 1996, Nr. 3 werden im Absatz 3 die Worte "Der Beirat ist bei Anwesenheit von mindestens neun Mitgliedern beschlußfähig." gestrichen.

**PRESIDENTE:** Procediamo ora con l'emendamento a firma del cons. Gasperotti, che recita: alla fine si aggiunga il seguente punto: "E' compito dei comuni singoli convenzionati fra loro indire annualmente una conferenza dei servizi con le I.P.A.B. garanti nei rispettivi territori, al fine di stabilire criteri e modalità di organizzazione ed erogazione delle prestazioni e dei servizi di assistenza sociale. A tal fine i comuni esercitano un controllo preventivo sui bilanci delle I.P.A.B. esprimendo nel merito un parere vincolante".

**WILLEIT:** Änderungsantrag zu Artikel 11, eingebracht von den Abgeordneten Pinter, Gasperotti und De Stefani.

Nach Artikel 11 wird folgender neuer Artikel eingefügt:

„Artikel 11-ter

(Änderung zum Artikel 10 des Regionalgesetzes vom 1. August 1996, Nr. 3)

Am Ende ist folgender Punkt hinzuzufügen:

Es ist Aufgabe der einzelnen oder zusammengeschlossenen Gemeinden jährlich eine Dienstkonferenz mit den ÖFWE anzuberaumen, die in den jeweiligen Gebietsbereichen tätig sind, damit die Kriterien und die Modalitäten für die Organisation und die Einbringung der Dienstleistungen und der Dienste der Sozialfürsorge festgelegt werden. Zu diesem Zweck üben die Gemeinden eine vorherige Kontrolle über die Haushalte der ÖFWE aus und geben dazu ein bindendes Gutachten ab.“

**PRESIDENTE:** Informo l'aula che considero l'emendamento Gasperotti un'integrazione all'emendamento della Giunta, quindi viene trattato prima dell'emendamento della Giunta.

Cons. Gasperotti intende illustrare l'emendamento? Prego.

**GASPEROTTI:** Brevemente, solo per dire che questa è un'operazione di concertazione rispetto alla risposta dei servizi sul territorio fra chi esercita un servizio di assistenza sociale come le I.P.A.B. ed i comuni che sono interessati, sia per la finanza, che per l'attivazione dei servizi di cui ha bisogno la collettività.

Quindi questo è un'organizzazione di coinvolgimento di fusione dell'interesse della collettività tra comuni e I.P.A.B. presenti sul territorio.

**PRESIDENTE:** Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento Gasperotti? Nessuno. Lo pongo in votazione. Chi è favorevole al subemendamento Gasperotti è pregato di alzare la mano. Contrari? Favorevoli? Con 12 voti favorevoli, 23 voti contrari ed 1 voto di astensione, il Consiglio non approva.

Qualcuno intende intervenire sull'emendamento aggiuntivo presentato dalla Giunta? La parola al cons. Gasperotti.

**GASPEROTTI:** Siamo passati da un'esperienza che era mirata nei confronti delle attività esercitate ora dalle Province e dalla Regione all'indirizzo delle stesse attività esercitate dai comuni, un passaggio dichiarato di democrazia - dico dichiarato - perché è da acquistare ancora tutta quella volontà di decentramento dichiarata.

Non so se le Giunte di Trento e di Bolzano riusciranno poi ad effettuare questo decentramento, il vero è che si è tolto l'attività ai comprensori, riconoscendo che questi erano superati, mettendo in campo solo opportunità da parte degli enti locali, opportunità negate a dire il vero, come nell'ultimo emendamento presentato rispetto alle I.P.A.B., negate proprio da voi, che volevate dichiarare la massima disponibilità a cedere alla voglia di "poteri" decentrati rispetto agli enti locali, dichiarando in maniera non dubbiosa, quindi molto trasparente, che volete ancora mantenere i poteri decentrati presso queste associazioni o enti.

Da una parte si afferma il principio che l'ente locale è responsabile e dall'altra si lascia in piedi la responsabilità della gestione, non si parlava di condizioni di trattamento, ma di bilanci preventivi delle I.P.A.B. ed avete negato che il comune possa dire la sua nel senso di vincolare il proprio rappresentante, al fine che mantenga la parola e la lealtà rispetto a chi lo nomina.

Allora se non c'è questo presupposto cosa credete, che i comuni si arrangino? Sì saranno ancora pronti a seguire la logica del bastone e della carota, perché solo così funziona la democrazia quando non ci si crede fino in fondo, la democrazia decentrata, il bastone e la carota attraverso il finanziamento delegato ai comuni, però non dà tutte le competenze o magari li carico eccessivamente di oneri, anche dal punto di vista della gestione e dall'altra parte faccio le affermazioni di principio, che mi vorrei

liberare di questo peso dell'onere di mantenere ancora rapporti che dovrebbero essere delegati ai comuni.

Allora ho capito in maniera inequivocabile che c'è ancora il metodo che molti anni fa era usato dalla Democrazia Cristiana di allora, quel potere che quando si è costituito i comprensori è servito alla facciata di dimostrare il decentramento e nella sostanza era un mantenimento del potere, questo è il risultato e nello stesso identico, forse più affinato, più intelligente per i tempi d'oggi è il sistema attuato da questa legge, che non trova un nostro voto favorevole, soprattutto per quanto riguarda le responsabilità di chi ha approvato ed approverà questa legge, perché definisce in maniera molto chiara la chiusura, o almeno pregiudica l'esistenza di questa Regione come organismo politico di programma e di indirizzo.

Questo è quello che leggo dall'azione politica svolta in questa occasione dalla Giunta, non trovo una motivazione anche piccola, per mantenere un voto di astensione rispetto a questo disegno, è un voto contrario, che ci troverà anche in sede provinciale, laddove si dovranno definire meglio le linee di indirizzo di questa legge a livello provinciale di Trento, per riempire di contenuti quei vuoti lasciati volutamente dalla legge regionale nel passare deleghe ai comuni.

Quindi non è finita l'operazione, siamo solo agli inizi, siamo solo certi che una fase è finita, quella dei comprensori, si arriverà presto ad un'altra fase, che è quella del mantenimento del potere nelle mani della provincia, di quel potere che dovrebbe essere decentrato ai comuni, e dico potere non solo quando piace alla Provincia, ma anche quando non piace, come nell'occasione delle I.P.A.B., che erano solo di miglioramento rispetto al disegno di legge, ma che si è capito fino in fondo, non aiutateci, siamo capaci di sbagliare anche da soli.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

**BENEDIKTER:** Ich fühle mich verpflichtet, auch wenn es 17.30 Uhr ist, darauf hinzuweisen, daß in diesem Änderungsantrag hinsichtlich der Kontrolle über den Haushalt nicht wie bisher vorgesehen wird, daß der Gemeinderat oder die Gemeinde für die Ernennung dieser Revisoren zuständig ist. Selbstverständlich braucht Frau Assessor Chiodi nichts zu erklären, denn im Kommunismus war das auch so und warum soll das nicht fortgesetzt werden im Regionalrat.

Die Revisoren, die bisher nicht von den Fürsorgekörperschaften ernannt worden sind, wie es ja richtig ist, werden jetzt vom Verwaltungsrat der Fürsorgekörperschaft, die kontrolliert werden soll, ernannt. Eine ganz neue Erfindung, die es überhaupt nirgends gibt, siehe 1. und 2 Absatz. Warum da auf einmal die Fürsorgekörperschaft bzw. deren Verwaltungsrat, der kontrolliert werden soll, die Revisoren ernannt, versteh ich nicht. Jedenfalls ist das eine Bestimmung, die einem elementaren Rechtsgrundsatz zuwiderläuft, wo man sagt, das Kontrollorgan darf nicht vom kontrolliertem Organ bestellt werden, sondern muß irgendwie von einem Organ, das eine übergeordnete Aufsichtsbefugnis hat oder das jedenfalls eine übergeordnete Zuständigkeit hat, bestellt werden. Das ist gegen einen elementaren Rechtsgrundsatz,

daß das kontrollierte Organ seine eigenen Kontrollorgane bestellen kann. Man braucht die Sache nicht weiter zu erläutern und ich verstehe es einfach nicht und das ist sicher auch verfassungswidrig, denn auch die primäre Zuständigkeit unterliegt den Verfassungsgrundsätzen und den Grundsätzen der Rechtsordnung. Die Rechtsordnung enthält in dieser Hinsicht in ganz Europa dieselben Grundsätze, daß nämlich das kontrollierte Organ nicht selber das Kontrollorgan bestellen kann.

**PRESIDENTE**: Ricordo all'aula che siamo in discussione dell'emendamento 11/bis.  
Ha chiesto di intervenire il cons. Ianieri.

**IANIERI**: Signor Presidente, ho chiesto di intervenire perché siamo in dichiarazione di voto...

**PRESIDENTE**: No, non siamo in dichiarazione di voto!

**IANIERI**: Signor Presidente, lei aveva concesso la parola al cons. Gasperotti come dichiarazione di voto!

**PRESIDENTE**: Collega Ianieri, lei deve rivolgersi alla Presidenza ed io cerco di darle delle risposte che possono far capire a che punto è la discussione. Il collega Benedikter non ha parlato in dichiarazione di voto, è intervenuto sull'emendamento e lei ha titolo per intervenire sull'emendamento!

**IANIERI**: Quale emendamento vorrei sapere!

**PRESIDENTE**: Stiamo discutendo l'emendamento 11/bis, a firma dei cons. Grandi, Chiodi ed altri, di cui ho dato lettura e sul quale abbiamo aperto la discussione.

**IANIERI**: Signor Presidente d'accordo, però il cons. Gasperotti era intervenuto come dichiarazione di voto sul disegno di legge, questo avrà tratto in inganno l'aula ed io mi sono preoccupato quando ho visto poi questo emendamento 11/quinquies e non riesco a capire come l'assessore Casagranda possa aver firmato questo emendamento!

**PRESIDENTE**: Lei ha fatto bene a chiarire, le ricordo che siamo in discussione dell'emendamento 11/bis.

**IANIERI**: Bene, mi riservo di prendere la parola dopo, Presidente.

**PRESIDENTE**: Prego di fare un attimo di silenzio, ho ricevuto una comunicazione da parte del collega Montefiori, che ringrazio; alle ore 16.00 odierne un appuntato dell'arma dei Carabinieri è stato ucciso nel meranese, mentre tentava di fermare dei rapinatori in fuga, l'appuntato era fuori servizio. Vi chiedo di osservare un minuto di

silenzio, per essere vicini alla famiglia e all'arma dei Carabinieri ed onorare la figura di questo servitore dello Stato.

*(Il Consiglio osserva un minuto di silenzio)*

**PRESIDENTE**: Vi ringrazio. Se nessuno interviene pongo in votazione l'emendamento a firma della Giunta regionale. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 7 voti contrari, 6 voti di astensione, il Consiglio approva.

L'emendamento, prot. n. 9266, a firma della Giunta regionale, è ritirato.

C'è un altro emendamento, prot. n. 9308, a firma dei cons. Atz ed altri, che recita: dopo l'art. 11 è inserito il nuovo:

#### Art. 11 quinquies

Il comma 1 dell'art. 62 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 è sostituito dal seguente:

1. I posti dei ruoli o degli organici comunque denominati del personale dei comuni, loro consorzi o aziende, della provincia di Bolzano, nonché degli enti pubblici dipendenti dalla Regione o il cui ordinamento rientra nella sua competenza legislativa, anche delegata, e delle relative aziende anche ad ordinamento autonomo in provincia di Bolzano, considerati per gruppi di qualifiche funzionali o per categorie, secondo il titolo di studio prescritto per accedervi, sono riservati ai cittadini appartenenti a ciascuno dei tre gruppi linguistici in rapporto alla consistenza dei gruppi stessi, quale risulta dalle dichiarazioni di appartenenza rese nell'ultimo censimento ufficiale della popolazione dei rispettivi comuni. Per i consorzi e le aziende consortili la proporzionale è determinata sulla base della media ponderata, desunta dalle quote di comproprietà e dalle percentuali di consistenza linguistica di ciascun comune proprietario.

Prego dare lettura dell'emendamento nel testo tedesco.

**WILLEIT**:

#### Änderungsantrag zum Artikel 11

Absatz 1 des Artikel 62 des Regionalgesetzes Nr. 1 vom 4. Jänner 1991 wird wie folgt ersetzt:

"Die Stellen der Stellenpläne oder die wie auch immer benannten Planstellen des Personals der Gemeinden, der Gemeindekonsortien oder gemeindeeigenen Betriebe der Provinz Bozen sowie der öffentlichen Körperschaften, die von der Region abhängig sind oder deren Ordnung unter die, auch übertragene, Gesetzgebungsbefugnis der Region fällt, sowie der jeweiligen Betriebe, auch mit autonomer Ordnung, in der Provinz Bozen, sind den Staatsbürgern jeder der drei Sprachgruppen im Verhältnis zur Stärke derselben vorbehalten, wie diese aus den der letzten amtlichen Volkszählung in der entsprechenden Gemeinden abgegebenen

Zugehörigkeitserklärungen hervorgeht. Die obgenannten Stellen werden aufgrund des für die Besetzung der Stelle vorgesehenen Studientitels nach Gruppen von Funktionsrängen oder nach Kategorien gegliedert. Für die Konsortien oder die in Konsortium zusammengeschlossenen Betriebe wird der Proporz auf der Grundlage des ausgewogenen Mittels berechnet, das von den Miteigentumsanteilen und vom prozentuellen Sprachgruppenbestand der jeweiligen Gemeinden, die Eigentümer sind, abgeleitet wird."

**PRESIDENTE**: E' stato presentato un emendamento, a firma dei cons. Kury, Gasperotti, Pinter ed altri, che però non è molto chiaro, cosa si intende che l'ultimo comma è soppresso? A no, è l'ultimo periodo, posso correggere io allora. Bene.

Concedo la parola alla cons. Kury sull'ordine dei lavori.

**KURY**: Wir haben jetzt gerade einen Abänderungsantrag ausgeteilt bekommen, der sehr kompliziert ist und der für Südtirol eine etwas delikate Materie betrifft. Zumal es nicht möglich war, diesen Abänderungsantrag in Ruhe zu studieren und eventuell auch Gespräche aufzunehmen, um besser informiert zu sein, ersuche ich den Herrn Präsidenten um eine Unterbrechung von 20 Minuten, damit wir die Möglichkeit haben, diesen Abänderungsantrag genauer unter die Lupe zu nehmen. Es ist ja wirklich so, daß dieser Abänderungsantrag jetzt, in diesem Augenblick auf unseren Tisch gekommen ist.

**PRESIDENTE**: Sono una persona che cerca di non interferire nelle scelte politiche, però vorrei fare una raccomandazione ai presentatori di questo emendamento vorrei chiedere al collega Atz se intende mantenerlo o meno. Le comunico che sono stati presentati altri emendamenti, devo interrompere la seduta per poterli tradurre e distribuire, perciò dobbiamo riconvocarci il giorno 8 luglio per continuare eventualmente l'ordine del giorno, nel rispetto degli emendamenti che sono stati presentati.

Siccome sono le ore 17.39, penso valga la pena chiudere i lavori e ritrovarci il giorno 8 luglio per continuare questo punto all'ordine del giorno, che speravo questa sera potesse essere approvato dall'aula. La Presidenza ritiene opportuno chiudere adesso la seduta. Il Consiglio è riconvocato per il giorno 8 luglio.

La seduta è tolta.

(ore 17.39)

## INDICE

### **Disegno di legge n. 86:**

Modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 (Nuovo ordinamento dei Comuni della Regione Trentino-Alto Adige) (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 1

## INHALTSANGABE

### **Gesetzentwurf Nr. 86:**

Änderungen zum Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 (Neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol) (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 1

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI  
VERZEICHNIS DER REDNER**

<b>KURY Cristina Anna</b> (Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)	pag.	1-12-23-32-35-39-48
<b>KLOTZ Eva</b> (Gruppo Union für Südtirol)	"	2-4-8-18-19-28-34-35
<b>CHIODI-WINKLER Wanda</b> (Gruppo Partito Democratico della Sinistra)	"	3-5-17-28-29-39
<b>BENEDIKTER Alfons</b> (Gruppo Union für Südtirol)	"	4-5-15-46
<b>GASPEROTTI Guido</b> (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	7-16-17-31-42-44-45
<b>LEITNER Pius</b> (Gruppo Die Freiheitlichen)	"	10-31
<b>ATZ Roland</b> (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	11-18-21
<b>PINTER Roberto</b> (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	13-24-36
<b>TAVERNA Claudio</b> (Gruppo Alleanza Nazionale)	"	16-20-23-25-32
<b>ZANONI Danilo</b> (Gruppo Partito Popolare Italiano)	"	19-26-41
<b>DIVINA Sergio</b> (Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)	"	24
<b>WILLEIT Carlo</b> (Gruppo Ladins - Autonomia Trentino Integrale)	"	25-29
<b>MOSER Francesco</b> (Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)	"	25-26
<b>BOLDRINI Lelio</b> (Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)	"	27

**HOLZMANN Giorgio**  
(*Gruppo Alleanza Nazionale*)

pag. 31

**IANIERI Franco**  
(*Gruppo Misto*)

" 46-47